



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Protokoll (Bandabschrift)**  
der 22. Sitzung – Teil 2  
- endgültige Fassung\* -

**3. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 11. Februar 2021, 10.30 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

<b>Öffentliche Beweisaufnahme</b>	<b>Seite</b>
<b>Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger</b>	<b>2</b>
<b>Zeuge László Gardeler</b>	<b>38</b>

---

\* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigelegt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen  
vernehmung, Öffentlich:  
00.03 Uhr)

#### Fortsetzung der Vernehmung des Zeugen Dr. Toni Kapfelsperger

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zunächst müssen wir wieder die Öffentlichkeit herstellen. Jetzt haben wir sie. Gut, also wir haben uns jetzt beraten. Wir haben für uns beschlossen, wir fangen an dieser Stelle einfach mal an, versuchen uns dem Thema zu nähern und werden dann sehen, wie der Sitzungsverlauf ist. Deswegen würde ich jetzt mit den allgemeinen Fragen erstmal beginnen. Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie Gelegenheit, nochmal die Akten einzusehen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein, ich hatte kein Aktenstudium. Ich hab mich bemüht, am Wochenende, an den Wochenenden, nee an dem Wochenende – es war nur ein Wochenende dazwischen – den Fall zu rekapitulieren nach meinen Erinnerungen. Nach bestem Wissen und Gewissen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann, nach Angaben des bayrischen Staatsministeriums der Finanzen und Heimat auf MAT A BayStMF-4.01 Blatt 1 endeten relevante Tätigkeiten Ihrerseits im Hinblick auf den Untersuchungsgegenstand am 30. Juni 2020. Im Anschluss wechselten Sie zur bayrischen Staatskanzlei. Können Sie uns den Grund für Ihren Arbeitsplatzwechsel erläutern und stand dieser – gestatten Sie mir die Frage – in einem Zusammenhang mit den Vorgängen bei Wirecard?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Sehr gerne. Ich war in der Bußgeld- und Strafsachenstelle des Finanzamts tätig. Dort ist es karrieretechnisch beengt, sehr eng. Es ist auch von bayrischen Beamten verlangt oder gefordert oder gewünscht, dass man sich immer wieder verändert. Und dann hatte ich im bayrischen Behördennetzwerk eben die Stelle gesehen an der bayrischen Staatskanz-

lei, die sogenannte Eingabenstelle, die alle diversen Eingaben, die an den Ministerpräsidenten kommen, bearbeitet, weiterleitet, sich damit befasst. Hab ich mir gedacht, das ist ein ganz interessantes Thema, wo vielfältig ist. Und so kam dann eben in die Staatskanzlei. Das hat also mit dem Fall hier überhaupt nichts zu tun. Das war reiner Zufall.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Wann sind Sie erstmalig auf die Wirecard AG, insbesondere im Zusammenhang mit unserem Untersuchungsgegenstand, aufmerksam geworden?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ist das jetzt Steuergeheimnis oder nicht? Das stellt sich jetzt für mich die Frage, ob ich das sagen darf oder nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, da sehe ich jetzt wirklich noch kein – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Okay, gut. Ja, ich als Amtsträger – –

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Klar, klar, natürlich. Kann ich verstehen. Aber – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das erste Mal im Juni '19. Das muss im Juni '19 gewesen sein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zu welchem Zeitpunkt haben Sie erstmals Kenntnis von Hinweisen auf mögliche Straftaten und Verstöße gegen Steuervorschriften durch die Wirecard AG erlangt? War das auch in diesem Zusammenhang mit Juni '19?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich würde nicht den Begriff „Straftaten“ da verwenden in dem Zusammenhang. Hinweise oder Möglichkeiten – ja, das war im Juni '19.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** In welche Prüfung im Zusammenhang mit der Wirecard AG waren Sie eingebunden?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, ich war, die Bußgeld- und Straftatenstelle dort Sachgebietsleiter. Und dann kam eben aus der Betriebsprüfung ein Prüfer, der meinte, da seien Auffälligkeiten,



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Hinweise – ob da was ist im Hinblick darauf, dass wir es an die Staatsanwaltschaft abgeben oder melden den Fall. Hintergrund – ich habe es ja versucht zu erläutern mit den Anweisungen für das Straf- und Bußgeldverfahren Steuer –, ist ja, die Bußgeld- und Strafsachenstelle nimmt die Aufgabe wahr innerhalb der Finanzbehörde, wenn sich Hinweise ergeben auf eine allgemeine Wirtschaftsstraftat. Dass das eben gecheckt wird sozusagen durch die Bußgeld- und Strafsachenstelle: Ist das hinreichend genug? Darf ich an die Staatsanwaltschaft herantreten, eben unter Durchbrechung des Steuergeheimnisses? Ist es hinreichend genug, dass ich da an die Staatsanwaltschaft herantrete?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer hat sich innerhalb des Finanzamts München – außer Ihnen – noch mit der Wirecard AG beschäftigt? Oder waren nur Sie das?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, in der Bußgeld- und Strafsachenstelle war das ich und meine Bearbeiterin. Also, ich war Sachgebietsleiter; meine Bearbeiterin, die das mitbearbeitet hat. Und daneben war natürlich noch die Betriebsprüfung dran. Wobei ich das eigentlich, glaub ich, auch nicht sagen dürfte. Weil Betriebsprüfung, dass überhaupt eine Betriebsprüfung stattfand, unterliegt ja eigentlich auch dem Steuergeheimnis. Also – –

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hatten Sie jemals direkten Kontakt zu Vertretern der Wirecard AG? Haben Sie Kenntnis davon, ob seitens Ihrer Kollegen ein direkter Austausch mit Vertretern der Wirecard AG stattfand?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein. Also ich persönlich hatte nie Kontakt mit der Wirecard oder Vertretern. Und mir ist auch nicht bekannt, ob wirklich da direkter Kontakt bestand. Also, die Betriebsprüfung war wahrscheinlich draußen, aber die werden natürlich mit irgendwelchen Finanzmenschen Kontakt gehabt haben. Aber wie es halt bei einer Prüfung ist, es kann auch sein, dass die nur mit den Steuerberatern Kontakt hatten. Ich kann das nicht sagen, ich weiß es einfach nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann würde ich jetzt bei den Kollegen der CDU/CSU – wer möchte? Bitteschön, Fritz Güntzler.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender, vielen Dank Herr Dr. Kapfelsperger. Ich würde nochmal die Frage stellen – – Wir müssen uns ja herantasten, hat der Vorsitzende gesagt und es Ihnen möglich machen, im Rahmen Ihrer Aussagegenehmigung hier Aussagen treffen zu können. Nochmal die Frage – das hatte ich eben nicht mitbekommen –: Wie lange waren Sie bei der Bußgeld- und Strafsachenstelle Sachgebietsleiter?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich war dort bis Juni 2020 und begonnen habe ich in der Bußgeld- und Strafsachenstelle im September 2018.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Also ungefähr zwei Jahre?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ungefähr zwei Jahre.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Wie oft passierte es in dieser Zeit, dass die Betriebsprüfungen mit Sachverhaltensgestaltungen, die unter Umständen für Sie interessant sind, an Sie heran tritt? Ist das eher üblich oder eher unüblich?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Können Sie es konkretisieren? Meinen Sie Steuerstraftaten oder allgemeine Straftaten?

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Beides. Ich hab das ja in Ihrem Vortrag verstanden, dass ich das hier unterschiedlich betrachten soll.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Steuerstraftaten kommen regelmäßig vor. Allgemeine Straftaten kommen auch vor, aber eher seltener.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Und wenn Ihnen das vorgetragen wird durch die Betriebsprüfung, in welcher Form geschieht das? Sind das ausführliche Berichte, sind das telefonische Hinweise, Mails oder wie funktioniert das jetzt im Ablauf? Ruft der Betriebsprüfer an und sagt: „Ich hab hier was.“?



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Es ist ganz unterschiedlich. Also, zum Teil ruft der Betriebsprüfer an bei der Bearbeiterin und sagt: „Ich möchte mal was vorstellen.“ Zum Teil schickt er auch nur umfangreiche Dokumente rein. Aber bei größeren bedeutenderen Fällen sitzt man in der Regel zusammen, spricht drüber, bekommt dann im Nachgang oder vorher eben Dokumente zugeschickt.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Und wenn Sie zu der Auffassung gelangen, das, was Ihnen vorgelegt wurde, erfüllt den hinreichenden Tatverdacht oder Anfangsverdacht und Sie wollen zur Staatsanwaltschaft – suchen Sie da auch das Gespräch? Und wie läuft dieser Vorgang dann rein formell?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Meinen Sie jetzt allgemeine Wirtschaftsdelikte oder Steuerstraftaten?

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Immer beides.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, das ist nämlich unterschiedlich. Also bei Steuerstrafrecht –

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Fühlen Sie sich mal an beide Dinge erinnert, sozusagen.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Bei Steuerstraftaten müssen wir die Staatsanwaltschaft zum Teil auch gar nicht einbinden. Die Staatsanwaltschaft kann den Fall jederzeit an sich ziehen, wenn wir mit ihr darüber sprechen, muss es aber nicht. Wenn wir sagen: „Das ist eine Steuerhinterziehung“, es kommt raus, irgendjemand hat Steuern hinterzogen, Privatperson oder ein Unternehmer – wir machen das im Strafbefehlsweg. Wir schreiben den Strafbefehl, der geht rüber zu Gericht und im Idealfall sagt dann das Gericht: „Geht durch“ Da hat die normale, allgemeine Staatsanwaltschaft nichts damit zu tun. Wenn es komplexere Fälle sind in Steuerstraftaten, dann ist es so, dass Abgaben geschrieben werden. Das heißt, die gehen über die Staatsanwaltschaft an das Gericht. Das sieht dann auch die allgemeine Staatsanwaltschaft. Und bezüglich allgemeiner Wirtschaftsstraftaten, was ja die Ausnahme ist – Also, der § 30 – das Steuergeheimnis – engt das ja sehr ein,

unter ganz speziellen Voraussetzungen. Ein kleiner Diebstahl, der auffällt, ist da nicht gerechtfertigt, das abzugeben oder überhaupt den Kontakt zu suchen. Sondern es muss schon gewisse Dimensionen haben. Und da ruft man, nee, eigentlich schreibt man da an die Staatsanwaltschaft: „Wir haben da was, würden uns gerne mit euch zusammensetzen.“

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Und was sind diese allgemeinen außersteuerlichen Straftaten üblicherweise? Sie haben vorhin immer mehrfach von Betrug, Marktmanipulation gesprochen – das sind die wesentlichen Dinge? Oder –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, Untreue gibt's auch natürlich. Was wir auch hatten – – Mir fällt jetzt leider der Tatbestand nicht – – Ja gut, ist das Bestechung, ja Bestechung, Bestechlichkeit. War auch, hatten wir – – An die Fälle kann ich mich sogar erinnern, dass wir da bei der Staatsanwaltschaft waren. Bestechung, Bestechlichkeit.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Okay. Sie haben auf die Frage des Herrn Vorsitzenden geantwortet, dass Sie im Juni 2019 zunächst oder erstmalig mit dem Fall Wirecard – oder mit der Causa Wirecard oder mit der Unternehmensgruppe Wirecard – betraut worden sind auf Grundlage eines Berichtes eines Betriebsprüfers – wie wir den Medien auch entnehmen können. Also auch den öffentlich zugänglichen Medien. Ging es dabei – weil Sie es immer so schön unterscheiden – um Steuerstraftaten oder Verdacht auf Steuerstraftaten? Oder andere Straftaten?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, wenn Sie jetzt die konkret meinen hier bezogen auf den Fall des Untersuchungsgegenstands, dann ging es nicht um Steuerstraftaten.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Und hat – – Wurde Ihnen da dann ein Bericht vorgelegt oder gab es das von Ihnen dargestellte Gespräch mit dem Betriebsprüfer?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Wir hatten beides. Ich glaub, der Prüfer war bei uns und hat das dargestellt – ziemlich ausführlich, ziemlich kompliziert – und dann kam es nochmal schriftlich.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Und wenn ich mich richtig erinnere, bestand das eben überwiegend aus sehr vielen Verweisen auf allgemeine Zeitungsartikel, allgemeine Pressestatements oder Presseberichte.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Also keine eigenen Ermittlungen des Betriebsprüfers?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich will dem jetzt nicht Unrecht tun. Also, er hatte schon ein bisschen was. Aber ich kann's nicht mehr genau sagen, wieviel es war. Aber für mich war eben die Schwelle eben noch nicht erreicht, dass ich hergehen kann und es an die Staatsanwaltschaft melden kann.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Das ist für mich ein zweiter Punkt. Also, ich bin auch – – Wissen Sie, ich bin als Steuerberater und Wirtschaftsprüfer viel mit Betriebsprüfung im Gange, und ich habe noch nie einen Betriebsprüfer erlebt, der rein auf Zeitungsartikeln dann irgendwas unternimmt. Also, er hat eine gewisse Sensibilität – das wünschte ich mir bei vielen Betriebsprüfern. Teilweise, ehrlicherweise, wünsche ich es mir auch nicht. Aber jedenfalls erlebe ich das, dass auch die Finanzämter eine sehr gute Recherche haben, was Artikel oder veröffentlichte Dinge angeht. Von daher kann ich mir jetzt nicht vorstellen, dass der sich an die BuStra wendet, nur aufgrund, oder im Wesentlichen nur auf Grundlage von veröffentlichten Artikeln, Medienberichten. Sondern der wird doch eigene Ermittlungen durchgeführt haben.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Er hat, glaube ich, in dem Zusammenhang mit diesen Zeitungsberichten einige Recherchen angestellt. Aber ich kann es Ihnen im Detail nicht mehr sagen, wie es genau war. Es war aber aus meiner Sicht – das möchte ich nochmal betonen – zu dürftig. Es war zu dürftig. Wir brauchen ja, wie gesagt, eine erhebliche Schwelle, um das Steuergeheimnis – –

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Das habe ich schon verstanden. Bloß, was mich ein bisschen irritiert ist, also, ich kann mir einfach nicht vorstellen – aufgrund meiner beruflichen Lebenserfahrung –, dass ein Betriebsprüfer aufgrund von Zeitungslesung sagt: „Ich komm hier mal mit einem Artikel

aus dem Managermagazin, da müsst ihr mal was machen.“ Sondern er wird ja eigene Ermittlungen angestrebt, durchgeführt haben, die ihn dazu veranlassen haben, oder wodurch er sich, oder er die Artikel bestätigt sah, dass er deshalb dann auf sie zugegangen ist, oder auf die BuStra zugegangen ist.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich kann's Ihnen nicht mehr genau sagen, wie es war. Es war jedenfalls zu wenig, was kam von Seiten der Prüfung – aus meiner Sicht.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Sie haben ja gesagt, das sind ja außersteuerliche Straftatbestände, die dort in Rede standen. Können Sie sagen, welcher da in Rede stand? Dürfen Sie das sagen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Naja, natürlich ging's um den Vorwurf von Betrug oder Marktmanipulation, Bilanzmanipulation. Das stand natürlich in Rede als allgemeine Straftaten.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Und wenn ich Sie vorhin in Ihrem Vortrag richtig verstanden habe, bewerten Sie dann als Sachgebietsleiter alleine, ob der hinreichende Anfangsverdacht auf ein strafbares Handeln vorliegt, sodass Sie es weitergeben an die Staatsanwaltschaft?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich würde es terminologisch noch genauer fassen. Ich nehme nicht die Würdigung vor, dass es ein Anfangsverdacht ist. Das obliegt allein der Staatsanwaltschaft. Das kann ich gar nicht. Wir als Bußgeld- und Strafsachenstelle schauen nur, ob es zureichende tatsächliche Anhaltspunkte sind, die ausreichen sozusagen, um es zu subsumieren als einen Tatbestand, also einen möglichen Tatbestand. Wir würdigen nicht, ob es ein Anfangsverdacht ist. Das würdigt ausschließlich die Staatsanwaltschaft.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Aber – ich nenn's jetzt mal mit meinen Worten – diese Anknüpfungspunkte, sag ich jetzt mal, haben Sie nicht gesehen und Sie entscheiden das alleine?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja. Ich hab das ganz allein entschieden, im Juni '19 – mit bestem



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Wissen und Gewissen. Und habe dann aber, muss ich auch dazusagen: der Prüfer kam ja nochmal, im November '19 glaube ich. Ich glaube November '19 oder kam er Ende Oktober '19? Das weiß ich leider im Detail nicht mehr. Und kam mit Zeitungsberichten, wieder mit Zeitungberichten, mit einer neuen Veröffentlichung der Financial Times Deutschland, glaube ich, die hat er damals – – oder Financial Times London? Ich weiß es nicht mehr genau. Und hatte daraufhin nochmal ein bisschen was abgecheckt, was dann für mich gerechtfertigt hat, zu sagen: „Okay, ich kann's nicht abschätzen, ob das was ist oder nicht“, aber angesichts der Schwere und der Dimension habe ich die Rechtfertigung nach § 30 Abs. 4 Nr. 5 lit. b an die Staatsanwaltschaft heranzutreten und der den Sachverhalt mal zu schildern – dass die das einschätzen und würdigen.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Das haben Sie dann ja auch gemacht.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Genau. Das war dann im November '19.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Was ich mich noch frage – ich bin nochmal wieder beim Juni bei der Erstentscheidung Ihrerseits –: es ist ja nicht irgendein Unternehmen, das da betroffen ist, sondern das ist ja ein DAX Unternehmen zu dem Zeitpunkt schon. Und da gibt es – Sie haben ja schon so schön aus Ihren ganzen Verwaltungsanweisungen Nummer, Ziffer so und so zitiert – da gibt's keine Ziffer, dass Sie ab einer gewissen Größenordnung oder einer gewissen Bedeutung eine Meldekette einzuhalten haben, wie man so früher sagte?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** In den Verwaltungsanweisungen gibt's für Steuerstrafverfahren Meldekette. Da es sich hier aber nicht um ein Steuerstrafverfahren handelt, gibt's keine Meldekette.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Okay, also wenn es ein Steuer– – Verdacht auf eine Steuerstraftat gegeben hätte, dann hätten Sie melden müssen? Und an wen hätten Sie das melden müssen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das wäre über den Hauptsachgebietsleiter der Bußgeld- und Strafsachenstelle an das Bayerische Landesamt für Steuern gegangen.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Okay, gut. Und dann haben Sie ja schon erwähnt, dass dann im Oktober/November, wie Sie sagten, der Betriebsführer nochmal auf Sie zugekommen ist mit neueren Erkenntnissen oder neueren Berichten – vielleicht hat er auch ein paar neuere Erkenntnisse gehabt. Vielleicht nochmal die Zwischenfrage: Lief die Betriebsprüfung zu diesem Zeitpunkt noch?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Oder war Sie abgeschlossen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein, nein, die lief immer noch.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Okay. Was hat Sie denn dazu bewogen, dann ein anderes Ergebnis zu haben Ihrer Prüfung? Oder Würdigung – soll ich ja nicht mehr sagen, aber sagen Sie's, wie Sie es korrekt empfinden. Aber es kann ja nicht nur ein weiterer Artikel gewesen sein, der dazu geführt hat, dass Sie sagen: „Oh jetzt geben wir es doch mal weiter.“

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Letztlich – der Prüfer hatte in Abgleich des Artikels, der damals erschienen war, einiges gecheckt bei der Gesellschaft. Und das waren schon Merkwürdigkeiten ja, dass eben, ich glaub 40 bis 50 % des Umsatzes im Ausland sind. Im Zusammenhang eben mit den Artikeln, die sagen, ich glaub damals gab's eben einen Artikel, der gesagt hat so von wegen: diese Auslandsfirmen, die sind all den Partnern nicht bekannt. Oder die vermeintlichen Partner haben gesagt: „Kennen wir nicht, hatten wir nie was zu tun.“ Wenn ich's richtig in Erinnerung hab. Es ist so lang her. Das war dann so: Okay, ich kann's nicht abschätzen, ich kann's wirklich nicht abschätzen. Es sind, wie gesagt, außersteuerliche Straftaten; für eine Steuerstraftat gab's ja keinen konkreten Hinweis in dem Zeitpunkt. Und das führte dann eben zu der Einschätzung; melden macht frei. Gehen wir mal zur



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Staatsanwaltschaft damit; schauen wir, was die Staatsanwaltschaft damit macht, wie die damit umgehen.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Ich verstehe – – Oder helfen Sie mir nochmal: Ich hab noch nicht so verstanden, wo der große Erkenntnisgewinn bestand zwischen dem – muss ich wieder gucken – Juni 2019 und dem November 2019.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Der Prüfer hatte eben noch ein bisschen mehr recherchiert meiner Erinnerung nach.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Aber hat er denn Ihnen belastbares Material aus dem Unternehmen vorlegen können? Also ich mein, nur zu sagen, da gab's noch ein paar Zeitungsartikel mehr – das kommt mir jedenfalls so vor, dass das nicht ausreichend wäre, Sie davon zu überzeugen, anders zu handeln als im Juni.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich kann mich nicht mehr genau daran erinnern. Es war jedenfalls so, dass ich nach meiner Einschätzung gesagt hab: ich melde das jetzt mal an die Staatsanwaltschaft. Auch angesichts der Dimensionen, die im Raum stehen.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Haben Sie auf Grund dessen, dass Sie natürlich – wahrscheinlich seit Juni – Berichte über die Wirecard AG auch anders gelesen haben – ich nehme an, dass Sie auch Zeitungsleser sind – haben Sie von der Sonderprüfung der KPMG gewusst, die da stattfindet? Haben Sie das aktiv wahrgenommen, dass es sozusagen gewaltige Unruhen in dem Unternehmen gibt, mit so einer Sonderprüfung sogar?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** War das vielleicht auch ein Punkt? Zu sagen – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Naja, die Sonderprüfung war ja erst viel später. Die war ja erst 2020, die KPMG-Sonderprüfung.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Das Ergebnis. Aber die Prüfung ist, wenn ich es richtig im Kopf habe, Oktober '19 losgetreten worden.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Von der wusste ich nichts.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Okay, deshalb die Frage. Das Ergebnis war im April '20, da haben Sie Recht. Aber der Prozess zog sich ein etwas hin, wie wir hier auch gelernt haben.

Okay. Dann hat das Ganze ja dazu geführt, dass Sie nach dem Motto „Melden macht frei“ – wie Sie so schön gesagt haben – das an die Staatsanwaltschaft gemeldet haben. Und Sie haben dann ein Gespräch mit der Staatsanwaltschaft über das Thema geführt – ist das richtig?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja. Also im Nachgang, nachdem der Prüfer bei uns war, haben wir ein Schreiben an die Staatsanwaltschaft verfasst und dann hatten wir ein Gespräch bei der Staatsanwaltschaft.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Und wie haben Sie dieses Gespräch empfunden?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Sehr konstruktiv, das war eine sehr angenehme Atmosphäre. Es war ein sehr großer Kreis von Seiten der Finanzbehörden – da waren zig Teilnehmer dabei – und eben die Oberstaatsanwältin und der Staatsanwalt als Gruppenleiter. Und wir saßen eben zusammen und, ich glaube, nach einer kurzen Anmoderation hat's dann eben der Prüfer dargestellt und gesagt: Das ist alles komisch oder merkwürdig, aber wir haben keine belastbaren Dokumente und ich hab dann ein Problem mit Beweisverwertungsverbot, wenn ich da noch weiter hineingehe. In dem Gespräch ging's viel von Seiten des Prüfers, das war viel Angst: Darf ich dann noch weiter in der Hinsicht was anfordern? Und wir waren uns dann eigentlich einig, dass hier die Prüfung weiter erfolgen soll und wenn sich dort was Belastbares ergibt, dann gehen wir wieder zur Staatsanwaltschaft.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Sie haben gesagt, mehrere Vertreter oder sehr viele Vertreter der Finanzbehörden?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, sehr viele Vertreter der Finanzbehörden.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Welche Behörden waren das alles? Wenn Sie schon die – – Also, ich will gar nicht unbedingt alle Namen wissen.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, wir waren vom Finanzamt München Abteilung IV der Leiter, dann vom Finanzamt München Abteilung IV Bußgeld- und Strafsachenstelle ich, vom Finanzamt München Abteilung IV meine Bearbeiterin, der Prüfer, dessen Chefin, von Finanzamt München Abteilung V noch eine Betriebsprüferin und deren Chef.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Abteilung V ist?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Betriebsprüfung. Und eben der Prüfer, der eben nicht am Finanzamt ist, sondern im Landesamt für Steuern.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Okay. Und auf Seiten der Staatsanwaltschaft – waren die auch in ähnlicher Stärke aufgelaufen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein, das waren zwei. Das war eben die leitende Oberstaatsanwältin und der wahrscheinlich mit dem Fall betraute Staatsanwalt als Gruppenleiter.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Wenn ich Sie richtig verstanden habe, war es eher eine taktische Überlegung, nicht sozusagen weiter einzusteigen, damit der Betriebsprüfer weiter prüfen kann und Unterlagen anfordern kann. Ist das – – Hab ich Sie da richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das versteh ich jetzt nicht: Inwiefern taktische Überlegung? Nein. Wir haben von unserer Seite aus den Sachverhalt mal geschildert dort. Weil wir es einfach mal schildern wollten, was die Staatsanwaltschaft zu sagt. Und wir waren uns einig: Okay, das reicht nicht. Oder die Staatsanwaltschaft, die ja originär für Wirtschaftsstraftaten zuständig ist, hat eben

gesagt, das reicht nicht, das sind keine zureichenden – – ja, man kann nicht sagen, keine zureichenden tatsächlichen Anhaltspunkte. Aber das ist noch nicht genügend. Die Schwelle ist noch nicht überschritten für einen Anfangsverdacht, dass ich hier her geh und ein Strafverfahren einleite. Sondern wir brauchen belastbare Dokumente sozusagen, der Prüfer soll, wenn sich da was ergibt, jederzeit wieder Alarm schreien, aber wir hatten in dem Zeitpunkt eben noch zu wenig. Also es war ja, wie ich schon gesagt habe, wie der Prüfer bei mir war im November so aus meiner Sicht, aus meiner Wahrnehmung; ich kann's mal melden, weil hier eben so eine Dimension im Raum stand, ja. Also, wir wissen alle, wie das Unternehmen beschissen hat, ja. Das war uns in dem Zeitpunkt gar nicht bewusst, die Dimensionen. Also, wir hatten damals überschlagen so, welche Summen sind strittig oder welche Summen sind so problematisch? Und das war, ja, eine mittlere dreistellige Millionen Summe. Wo wir damals gesagt haben: Okay, das ist komisch, merkwürdig.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Hatten Sie das Gefühl, dass die Staatsanwaltschaft sich mit dem Thema Wirecard zuvor auch schon beschäftigen musste? Also, gab es eine gewisse Grundkenntnis, auf die Sie aufbauen konnten in dem Gespräch, dass Sie gemerkt haben – – ? Also, es ist ja was anderes, wenn ich so ein Gespräch führe und ich trage einen Sachverhalt vor, man merkt ja, ob der Gegenüber sich mit dem Thema schonmal beschäftigt hat oder nicht.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich hatte das Gefühl, dass die da schon im Bilde sind so.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Also für Sie war das – – Also Sie haben das Gefühl, das war nicht das erste Mal, dass über das Thema Wirecard da gesprochen wurde?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Das merkt man ja auch an gezielten Nachfragen wahrscheinlich, die gekommen sind durch die Staatsanwaltschaft.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Es ist schwer einzuschätzen. Das ist, wie gesagt, auch schon wieder sehr lange her und sehr lange zurückliegend. Aber für mich war das so: Okay, wir schildern denen was und warten, was die dazu sagen und gehen dann wieder, je nach dem was rauskommt. Und die Staatsanwaltschaft hat das halt – die ja die originäre Ermittlungsbehörde ist – entsprechend gewürdigt. Und natürlich ist es nie ausgeschlossen, dass eine Staatsanwaltschaft zu einem Fall irgendwas bekommt. Im damaligen Zeitpunkt: ich weiß es nicht, ich weiß es schlicht und ergreifend nicht mehr, ob und wie die Staatsanwaltschaft damit befasst war und ob sie das offengelegt hat oder nicht.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Ist denn die Staatsanwaltschaft danach nochmal auf Sie zugekommen, nach diesem Gespräch im Januar? Oder war es dann sozusagen, oder war für Sie danach der Fall erledigt sozusagen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, was ich mich jetzt noch daran erinnere – danke, dass Sie mich daran erinnern, das ist gut –: im Gespräch hat dann die Staatsanwaltschaft gesagt, wir wollen den KPMG-Sonderprüfungsbericht abwarten – da habe ich erstmals davon erfahren, dass es überhaupt eine Sonderprüfung gibt –; wir wollen diesen Bericht abwarten. Und, ja gut, den KPMG-Sonderprüfungsbericht, wie der dann erschienen ist, habe ich mir den selber auch angeschaut. Und wir haben dann von uns aus nochmal Kontakt gesucht mit der Staatsanwaltschaft wegen dem – – auch ausschlaggebend aus dem KPMG-Sonderprüfungsbericht.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Aber nicht aufgrund neuerer Erkenntnisse, die selber aus der Betriebsprüfung dann resultiert waren?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Wie war das, wie war das? War das parallel? Das kann auch sein, dass das parallel war. Ich glaube, das war auch parallel, ja. Also zum einen: es gab ja dann noch Bundesbetriebsprüfung. Und eben aus dem Sonderprüfungs-, aus diesem KPMG-Sonderprüfungsbericht gab es eben einige Auffälligkeiten. Und ich glaube eben auch durch die Bundesbetriebsprüfung sind wir dann nochmal an die

Staatsanwaltschaft herangetreten, aber schriftlich nur, ja.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, dann wäre jetzt die FDP an der Reihe mit Dr. Florian Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja vielen Dank. Herr Kapfelsperger, ich will nochmal einen Schritt zurückgehen. Warum kamen denn keine Steuerstraftaten oder Steuerordnungswidrigkeiten in Betracht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Bezogen auf die Wirecard AG?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. Ich lese zum Beispiel in der Zeitung, dass der Betriebsprüfer geschrieben hat:

Da die „ausländischen Empfänger“ der Zahlungen nicht benannt würden und noch weitere Informationen über „eventuelle Hintermänner“ eingeholt werden müssten, wolle man den Kaufpreis

da ging es um Akquisitionen,

wolle man den Kaufpreis steuerlich nicht als Betriebskosten von Wirecard anerkennen.

Das könnte ja auch eine Verkürzung von Steuern gewesen sein, oder nicht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das war aber erst zu einem viel späteren Zeitpunkt. Das war, also ich weiß es nicht, aus was Sie jetzt genau zitieren und um was es, welchen Sachverhalt es genau geht, aber das war erst zu einem viel, viel späteren Zeitpunkt. Als es um diese Auslandsgeschichten ging und sozusagen die Benennung der Empfänger oder Zahlungsempfänger.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und zu welchem späteren Zeitpunkt hat Sie das erreicht? Sie sagen ein viel späterer Zeitpunkt – viel später als Juni? Oder '19? Oder, oder – –



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Es war dann erst im Jahr 2020. Das war im Zusammenhang mit dem KPMG-Sonderprüfungsbericht, aus meiner Sicht; auch mit der Bundesbetriebsprüfung, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay, lassen wir mal dahingestellt. Aber trotz allem ist ja die Frage, ob ein Kaufpreis als Betriebskosten anerkannt worden ist oder ob das anerkennenswert war oder nicht, ist ja auch eine Frage, die tatsächlich das Steueraufkommen unberechtigterweise hätte mindern können. Deswegen nur die Frage: Warum haben Sie von vornherein zugesagt sich auf die außersteuerlichen Straftaten in Ihrer Prüfung konzentriert? Warum kamen Steuerstraftaten von vorneherein nicht in Betracht, wenn eine Bilanz gefälscht wird?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich muss nochmal ganz kurz dazu was sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, bitte.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Die Bußgeld- und Strafsachenstelle macht nur eine Prüfung im Hinblick auf Straftaten. Wir sind aber auf die Meldung angewiesen. Wenn ein Prüfer uns nur meldet: „Ich habe außersteuerliche Straftaten möglicherweise“, dann steige ich nicht ein und schaue ob ich irgendwelche Steuerstraftaten habe, sondern lasse mir das schildern. Und in den Zeitpunkten als der Prüfer bei uns war, standen diese Punkte, die Sie jetzt genannt haben, aus meiner Sicht überhaupt nicht zur Debatte.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also der Prüfer, der sich an Sie gewandt hat, hat gar nicht von Steuerstraftaten gesprochen, sondern ausschließlich von außersteuerlichen Straftaten? Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Dann müssen wir nochmal gucken. Ist es so gewesen, war es für Sie ein Argument als Sie im Juni 2019 dann zunächst sich entschieden haben, die Verdachtschwelle ist noch nicht überschritten, dass die Vorwürfe durch die Wirecard-Gruppe öffentlich bestritten worden seien? War das ein wichtiges

Argument? Ich mein nur halt auch so aus Erfahrung, dass es ja meistens so ist, dass bei steuerlichen und außersteuerlichen Straftaten die erstmal vom Betroffenen bestritten werden.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich kann mich da im Detail nicht mehr dran erinnern, aber ich glaube, da gab es, was diese Auslandsgeschichten angeht, eben eine Rechtsanwaltsprüfung eben nicht unmittelbar durch die Wirecard, sondern durch eine Rechtsanwaltskanzlei, die irgendwas geprüft hat im Ausland. Aber das mag vielleicht mit eine Rolle gespielt haben, ich kann es Ihnen aber nicht mehr im Detail sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Sie haben gesagt, am 24. Januar 2020 waren eine ganze Menge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Finanzverwaltung da. Wer war denn aus dem Finanzamt München zugesagt die protokollarisch höchste Person, die da dabei war?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Der Leiter der Abteilung IV.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie sind Sachgebietsleiter, dann gibt es den Referatsleiter – oder wie ist die Hierarchie da?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Deswegen hätte ich ja gerne vorher ein bisschen was zur FAGO erzählt, dass Sie die Zusammenhänge und Organisationsstrukturen – –

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber jetzt fragen wir ja ganz gezielt und dann hilft es uns auch in dem Kontext.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, Sachgebietsleiter, darüber als sozusagen Dienstvorgesetzten gibt's im Finanzamt München den Abteilungsleiter. Es gibt Zwischenhierarchien, aber die haben jetzt keine unmittelbaren Vorgesetztenfunktionen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also Ihr unmittelbarer Vorgesetzter war auch dabei am 24. Januar. Ach guck mal, wir kommen ja gemeinsam weiter hier. Gut, prima. Und hat der sich auch beteiligt an



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

dem Gespräch oder hat der nur begrüßt und hat dann den Prüfer vortragen lassen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Er hat sich jetzt nicht aktiv beteiligt, also. Ich habe mich an dem Gespräch, glaube ich, auch nicht mehr richtig aktiv beteiligt, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, sondern habe eben anmoderiert und habe dann eben den Prüfer reden lassen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** War der Abteilungsleiter der Abteilung IV auch der Vorgesetzte des Prüfers?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein. Andere Abteilung?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Der Prüfer, den Sie meinen, der war überhaupt nicht vom Finanzamt, sondern vom Landesamt für Steuern.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Verstehe. Schön. Wer war sonst beim Landesamt für Steuern noch mit dabei, bei dem Termin?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Dessen Chefin, also vom Prüfer die Chefin. Genau.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay, vom Prüfer die Chefin. Was war denn jetzt der konkrete Verbleib? Ich meine, da marschieren die Finanzverwaltung mit doch großer Besetzung rein, Staatsanwaltschaft kommt zu zweit, es wird präsentiert. Was war der Verbleib? Wie sind Sie auseinander gegangen? Wer macht was?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Der Verbleib war, dass die Staatsanwaltschaft letztlich gesagt hat, es wird diesen KPMG-Sonderprüfungsbericht geben, wo sich möglicherweise einiges auftun wird, oder klären wird, oder nicht klären wird – man wird es sehen. Wenn wir irgendwas konkret entdecken, sollen wir durchaus den Kontakt nochmal suchen, auch der Betriebsprüfer, Auslandsfachprüfung. Und wir hatten jetzt kein so richtig konkretes Ergebnis. Das konkrete Ergebnis war letztlich, das wir gesagt haben, es reicht, oder die Staatsanwaltschaft hat gesagt, es reicht nicht, es

ist zu wenig, um Anfangsverdacht wegen eben Betrug, Marktmanipulation, Bilanzfälschung oder was auch immer nachzuweisen. Das ist zu wenig, was wir hatten. Die Staatsanwaltschaft hat sich aber bedankt, dass wir hingegangen sind und hat gesagt: das ist gut, das ist schön, dass die Finanzbehörden so aufmerksam sind, das ist eine gute Sache, aber es reicht eben hier noch nicht. Aber wenn sich konkret aus der Prüfung was ergeben sollte, dann sollen wir wieder den Kontakt suchen, sehr gerne. Und, ja, das war eigentlich das Ergebnis.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat der Prüfer, der vorgetragen hat, denn seine Frage beantwortet bekommen, ob er weiter prüfen darf, ohne dass Beweisverwertungsverbote drohen? Das haben Sie ja gesagt, war seine Sorge die ganze Zeit. Hat er –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Meiner Meinung nach, wenn ich mich richtig erinnere, hieß es: prüf mal weiter, prüf mal weiter. Prüf mal weiter, ob sich irgendwas ergibt, ob du überhaupt was bekommst. Wenn ich es nämlich richtig in Erinnerung habe – aber das kann auch erst später gewesen sein – bekam man ja nie was Konkretes, Belastbares an Dokumenten aus dem Unternehmen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Dankeschön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann ist jetzt die SPD-Fraktion dran. Bitteschön, Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Danke, Herr Vorsitzender. Da würde ich direkt ansetzen: Ist es nicht merkwürdig, wenn ein Betriebsprüfer die Unterlagen aus dem Unternehmen, die er ja haben will, nicht bekommt?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich glaube, dass es durchaus üblich ist. Aber ich kann es nicht einschätzen, das müssten Sie den Prüfer fragen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Für mich ist das ja eher überraschend. Also, aber wie haben, man kann den Unterlagen entnehmen, dass man diese Betriebsprüfung bei der Wirecard offenbar sehr ernst genommen hat, weil mit dem Prüfer,



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

der leider erkrankt ist, hat sich immer sozusagen der Chef der Rechnungslegung getroffen und das scheint ja – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich habe es ja vorher schon gesagt, ich weiß es nicht, mit wem dort Kontakt bestand.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja. Ich habe mir das Schreiben nochmal angeschaut, das Herr Strunz Ihnen damals vorgelegt hat und ja auch offenbar vorgestellt hat. Und ich muss ehrlicherweise sagen: der hat diese Presseberichte, über die wir hier schon häufig diskutiert haben, und von denen wir durchaus der Meinung sind, dass sie zu einem sehr großen Teil zutreffend waren, der hat die genommen und hat es angereichert mit Informationen, die ihm als Betriebsprüfer zur Verfügung standen. Und der Bericht ist sehr umfangreich. Sie waren ja jetzt nicht so lange in dieser Position. Wie häufig sind Sie, ist man mit solchen Sachen an Sie heran getreten, was wirklich auch diese Komplexität hatte?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Es kam schon vor. Es kam schon vor.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay, das ist jetzt so – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich meine, man muss dazu sagen: die Bußgeld- und Strafsachenstelle verfolgt überwiegend Steuerstraftaten. Allgemeine Strafverfahren oder Strafdelikte sind ja originäre Zuständigkeit der Staatsanwaltschaft. Und insofern, es hat sich immer wieder mal ergeben, dass ein Prüfer oder ein Amtsprüfer oder Außenprüfer mit irgendwas kam, was man sich gemeinsam angeschaut hat, und dann ist man entweder zur Staatsanwaltschaft gegangen oder nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Und war da vorher schon mal ein DAX-30-Unternehmen dabei gewesen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das ist jetzt die Frage: Steuergeheimnis. Also, ob ich das sagen darf.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mich interessiert gar nicht, ob das jetzt die Allianz, BMW oder weiß ich nicht, was Sie da unten noch alles haben. Nee, aber es wäre einfach nur, es geht einfach nur um die – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, definitiv! Also dann kann ich so abstrakt beantworten: Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Wie weitgehen haben Sie damals – –oder wie weit konnten Sie das nachvollziehen, was Ihnen der Herr Strunz da vorgelegt hat? Also, das ist ja ein wirklich sehr umfangreiches Schreiben gewesen, mit sehr vielen Zahlen, mit sehr vielen Tabellen.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Wir hatten ja, bevor das Schreiben kam, glaube ich, die Besprechung mit ihm, wo er den Fall zwei Stunden vorgestellt hat, oder anderthalb.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wer war da alles noch dabei?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich glaube, da war ich und meine Bearbeiterin. Und eben der Herr Strunz.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also er hat Ihnen das zwei Stunden vorgestellt und er hat es verschriftlicht und Sie haben dann – – Also, ich finde das total überzeugend, was der zusammengestellt hat. Ich finde das sehr beeindruckend. Und ich meine natürlich auch mit dem Wissen von heute, müsste es fünf Mal reichen.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja mit dem Wissen von heute ist jeder schlauer. Mit dem Wissen von heute würde ich sagen, hätte ich es damals gleich beim ersten Mal abgegeben möglicherweise, ja – mit dem Wissen von heute. Das ist eine sozusagen Einschätzung, die eben durch Steuergeheimnis noch gehandicapt ist, ja. Das Steuergeheimnis stellt da wirklich hohe Hürden auf.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das ist korrekt. Wobei man natürlich auch, glaube, das kann man durchaus auch hier zitieren:



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Für einen Anfangsverdacht wäre nach ständiger Rechtsprechung erforderlich, dass es ein nach allgemein kriminalistischer Erfahrung möglich erscheinen lasse, das eine verfolgbare Straftat vorläge. (?)

Also, ich finde, auch ohne das Wissen von heute, gab das das her. Und ich möchte, oder wir möchten ja gerne nur verstehen sozusagen, auf welcher Grundlage Sie zu Ihrer Entscheidung damals gekommen sind. Was es sozusagen, haben Sie gesagt: Okay, an die Fakten, die reichen mir nicht, oder was auch immer. Oder war es vielleicht auch ein Gefühl, zu sagen, das ist alles total kompliziert und vielleicht auch, also wenn ich hier jetzt so einen Vorwurf von einem Münchener DAX-Konzern an die Staatsanwaltschaft weiterleite, dann muss das auch sitzen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Letztlich ist es total egal, von wem oder über wen ein Vorwurf erhoben wird mit allgemeinen Delikten. Ob das ganz klein ist oder ganz groß: wir haben das Steuergeheimnis zu achten dabei. Und detailliert zu prüfen, auch wenn es komplex ist, detailliert zu prüfen: Reicht uns das als Bußgeld- und Strafsachenstelle zu einer Weiterleitung oder nicht? Das ist halt letztlich der gesetzgeberische Hintergrund. Den könnte man natürlich auch ändern, dass man die Schwellen niedriger senkt, und nicht komplexe Vorschriften, oder eine komplexe Vorschrift wie den § 30, Abs. 4, Nr. 5, lit. b aufstellt, wo man eben – zusammen mit den Anweisungen – ganz klar sagt: ich brauche zureichende, tatsächliche Anhaltspunkte für diese außersteuerlichen Straftaten. Und wenn die nicht vorliegen, die Voraussetzungen – und die lagen wohl aus meiner Sicht damals nicht vor; es war nicht genügend –, dann kann ich es nicht melden. Dann ist das Steuergeheimnis eine Schwelle. Und –

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist alles abstrakt richtig. Ich frage jetzt aber konkret. Weil Sie haben ja am Ende konkret vor dem Hintergrund der Würdigung all dessen, was Sie gerade sagen, haben Sie am Ende eine Entscheidung getroffen. Und offenbar haben Sie sich da gedacht gehabt: naja wenn die Wirecard mit einem Partner auf den Philippinen 123 Millionen im Jahr macht und der Laden gehört irgendwie dem gleichen

Typen, dem ein Busunternehmen „Fröhlich Tours“ gehört und so – das reicht mir irgendwie nicht, ich find das alles noch – – das ist weit entfernt von einem Anfangsverdacht. Und wissen Sie, da sind wir ganz weit weg vom Steuergeheimnis, sondern es geht ja um den Sachverhalt, und Sie haben ja den Sachverhalt irgendwie gewürdigt und sind zu dem Ergebnis gekommen: der Herr Strunz, der stützt sich hier auf Behauptungen.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, es waren Auffälligkeiten, die er zusammen getragen hat, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber wie würde, wie würde denn, sag ich mal, ein Anfangsverdacht sonst aussehen, wenn er nicht aus Auffälligkeiten bestünde?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich muss nochmal ganz kurz, terminologisch: kein Anfangsverdacht. Anfangsverdacht obliegt der Staatsanwaltschaft, der allgemeinen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ist ja noch weniger.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Wir haben zu checken: zureichende, tatsächliche Anhaltspunkte, die es rechtfertigen, an die Staatsanwaltschaft ran zu treten, damit die prüft, ob ein Anfangsverdacht vorliegt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber diese Schwelle liegt doch noch niedriger.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Naja, die Schwelle liegt nicht so niedrig. Sie brauchen zureichende, tatsächliche Anhaltspunkte, die es rechtfertigen, aus einer laufenden Betriebsprüfung das Steuergeheimnis zu durchbrechen und damit an eine Staatsanwaltschaft heran zu treten.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, aber wissen Sie, Herr Kapfelsperger, wir sind jetzt aber – – und jetzt werde ich langsam ungehalten. Wir sind hier eben nicht – – Sie sind nicht hier als Experte geladen, der uns erklärt, wie es in der Theorie ist, sondern wir sind hier bei „So ist es“. Und Sie ha-



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

ben, wie ich meine, eine schwerwiegende Entscheidung im Juni 2019 getroffen. Wir haben hier einen überaus tüchtigen Betriebsprüfer gehabt, der das alles, der die Zeitung gelesen hat, der gesagt hat, Mensch ich sitze in diesem Unternehmen, ich habe Zugang zu den Unterlagen und ich fange jetzt einfach mal an, die Vorwürfe abzugleichen. So, und das hat er alles gemacht, dann kommt er zu Ihnen, und Sie haben gesagt: das reicht mir nicht. Und ich will jetzt wissen, warum Sie zu dieser Entscheidung gekommen sind. Und ich will nicht wissen, auf welcher Grundlage Sie das alles treffen müssen, sondern ich will wissen, warum Sie diese Entscheidung so getroffen haben.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich weiß es nicht mehr. Ich kann es Ihnen im Detail nicht mehr sagen, warum ich die Entscheidung so getroffen habe – ich weiß es nicht mehr. Es war damals eben die Entscheidung, das reicht nicht, es sind keine zureichenden, tatsächlichen Anhaltspunkte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist doch eine Aussage, das nehme ich Ihnen auch total ab. So. Und dann im November oder Ende Oktober/Anfang November kam der Herr Strunz wieder auf Sie zu. Und ehrlicherweise, wenn ich mir die zwei Dokumente nebeneinander lege und ich bin sogar Betriebswirt, und ich brauche da wirklich lange Zeit auch, um alles nachzuvollziehen – obwohl ich hier seit einem halben Jahr nichts anderes mache –, was er alles da aufgeführt hat. Und wenn ich die zwei Dinger nebendran lege, frage ich mich jetzt sozusagen: War es dann vielleicht am Ende doch auch, dass Sie das vielleicht auch beeindruckt hat, dass er dran geblieben ist, dass er das nochmal angereichert hat, und dass Sie dann gesagt haben, vielleicht auch durch die Globalentwicklung rund um das Unternehmen, okay, jetzt geben wir es vielleicht doch an die Staatsanwaltschaft weiter?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Es war fundierter. Es war beim zweiten Mal, glaube ich, fundierter. Es war auch – – Ich glaube, er hatte wieder irgendwelche Presseartikel beigefügt. Die Auffälligkeiten waren da, und damit waren zureichende, tatsächliche Anhaltspunkte vorhanden, dass wir

eben, unter Durchbrechung des Steuergeheimnisses, an die Staatsanwaltschaft heran treten durften.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Also sozusagen, wie gesagt, ich kann das, ich habe so eine Vorstellung sozusagen, wie das alles gelaufen ist, und das ist dann am Ende alles viel menschlicher und ganz viel weniger Paragraphen. Weil im Juni waren die Presseberichte, das waren einfach nur Behauptungen. Und im November haben weitere Presseberichte dann Sie doch überzeugt, okay.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das habe ich so nicht behauptet.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das hat sich aber so angehört.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Er hat einfach nochmal detaillierter gewisse Dinge abgecheckt, so dass es aus meiner Sicht zureichende, tatsächliche Anhaltspunkte waren.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Also, können wir ja nochmal irgendwie bei Gelegenheit nebeneinander legen. Was haben Sie – – Gab es bei Ihnen dann irgendwo nochmal – – Also, als die Wirecard dann Pleite ging, ist man da nochmal auf Sie zugekommen? Also sozusagen, ich sage mal so: im Bayerischen Innenministerium, da scheint ziemlich die Hütte gebrannt zu haben. Weil man hat irgendwie zwei Tage vor der Insolvenz festgestellt: oh Gott die Niederbayern, die haben sich zuständig für die Geldwäscheaufsicht erklärt. Und plötzlich hat man da Sorge gehabt, man ist irgendwie zuständig; der große Champion aus München ist eine Luftnummer. Und hat man Sie rund um die Insolvenz irgendwie mal kontaktiert?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Hat man Sie danach von Seiten – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, ich muss dazu sagen, ich bin ja zum 30. Juni 2020 habe ich die Stelle gewechselt. Und die letzten zwei/drei



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Tage – ich weiß nicht, wann Wirecard in Insolvenz gegangen ist, das kann ich Ihnen gar nicht mehr genau sagen – aber da hatte ich dann auch nichts mehr damit zu tun. Ich glaube, ich habe es dann im Radio gehört irgendwie: die sind jetzt in Insolvenz. Aber da hatte ich nichts mehr mit dem Fall zu tun.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Was haben Sie da gedacht, als Sie das gehört hatten? Der Strunz hat es schon immer gewusst!

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Denken ist, glaube ich, nicht eine Tatsache, die über die ich jetzt berichten kann. Also, überdenken – – Ich kann Ihnen auch nicht mehr sagen, wie das damals war, als ich es erfahren habe, mit der Insolvenz. Das ist, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Sie hätten ja denken können: na hätte die Staatsanwaltschaft besser mal im November angefangen zu ermitteln, als wir das weitergegeben haben. Das wäre eine Option gewesen. Oder: Mist, warum habe ich es nicht schon im Juni weitergegeben? Das wäre eine andere Option, aber das bleibt im Raum hier so stehen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar, gut. Dann ist jetzt der Kollege – jetzt muss ich gucken, es ist spät – es ist der Kollege Fabio de Masi für die Fraktion Die Linke. Bitteschön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Vielen Dank. Herr Kapfelsperger, der Kollege Strunz, der ist ja noch in seinem Beschäftigungsverhältnis, vermute ich?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich habe kein Kontakt zu ihm, ich weiß es nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay. Also eigentlich gehören so Leute ja befördert.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich weiß es nicht, ich weiß nicht, was er derzeit für einen Dienstwagen hat, welche Aufgabe er wahrnimmt – ich weiß es nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Gut, gut, gut, gut, gut. Sie haben mir ja vorhin sehr umfangreich etwas vorgelesen, jetzt lese ich Ihnen mal was vor, hier aus dem Stern. Weil ich will nochmal zurückkehren zu dem, was der Herr Kollege Toncar gesagt hat, ob denn auch steuerliche Sachverhalte abgeprüft wurden.

Auch der Indien-Deal selbst erweckte das Misstrauen der Steuerprüfer – in diesem Fall jener des Bundeszentralamtes für Steuern, das ja an der Betriebsprüfung der bayerischen Kollegen bei Wirecard beteiligt war und für die Untersuchung der Firmenkäufe zuständig war. Anfang Juni 2019 informierte ein Beamter des Bundesamts das Finanzamt München über die Ergebnisse.

Juni – Sie hatten vorhin gesagt, die steuerlichen Sachverhalte seien, glaube ich, erst 2020 aufgetreten.

Bei vier der damaligen Verkäufer handele es sich um „Briefkastenfirmen, die keine Mitarbeiter beschäftigen“, schrieb der Bundesprüfer an das Finanzamt München. Da die „ausländischen Empfänger“ der Zahlungen nicht benannt würden und noch weitere Informationen über „eventuelle Hintermänner“ eingeholt werden müssten, wolle man den Kaufpreis steuerlich nicht als Betriebskosten von Wirecard anerkennen. Zudem lasse die Zahlung an inaktive Briefkastenfirmen „den Verdacht zu, dass die hinter den Briefkastenfirmen stehenden Empfänger ihren steuerlichen Pflichten nicht nachkommen“, heißt es in dem Schreiben aus dem Bonner Bundeszentralamt für Steuern.

Und so weiter und so fort. Dann führt der Artikel fort:

Abgeordnete der Linken und der FDP im Bundestag hatten bereits im August 2020 nach möglichen



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Erkenntnissen beim Bundeszentralamt für Steuern gefragt...

Und dann wird ausgeführt, dass die Antwort damals des BMF gewesen sei:

...räumte das Scholz-Ministerium räumt ein, dass diese Prüfung noch bis Juni 2020 lief. Sie habe aber „ausschließlich steuerliche Sachverhalte“ zum Thema gehabt.

Können Sie das mal aufklären – Sie haben ja jetzt vorhin gesagt, steuerliche Sachverhalte seien gerade nicht so sehr im Mittelpunkt des Interesses gewesen –, wie sich das mit dieser Darstellung verträgt?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich kenne jetzt die Darstellung leider nicht im Detail, die Sie vorgelesen haben, welche Dokumente der Hintergrund sind. Ich kann nur aus meiner Sicht in Erinnerung sagen, dass das Bundeszentralamt für Steuern hier beteiligt war, habe ich erstmals im Jahr 2020 – ich glaube im Mai 2020 – erfahren.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Das heißt, von diesem Schreiben an das Finanzamt, da haben Sie nichts mitbekommen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das kann sein, dass das an den Prüfer ging – ich weiß es nicht. Ich kenne dieses Schreiben definitiv nicht. Aus dem Jahr 2019 vom Bundeszentralamt für Steuern ging an mich, als Bußgeld- und Strafsachenstelle, nichts.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Das heißt, in Ihrem Austausch mit dem Betriebsprüfer Strunz hat die Beteiligung des Bundeszentralamts nie eine Rolle gespielt?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Der hat ja nicht einmal – – Also ich wusste ja nicht einmal, dass das Bundeszentralamt für Steuern überhaupt beteiligt ist in dem Fall.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das wusste ich, bis der Kontakt durch das Bundeszentralamt für

Steuern mit mir gesucht wurde, und das war im Jahr 2020, im Mai 2020.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay. Das heißt, Herr Strunz hat Ihnen definitiv keine steuerlichen Sachverhalte vorgetragen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Kann ich mich nicht erinnern, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Gut. Dann haben Sie das ja so dargestellt, das sei – ich sage das jetzt mal so – eine eher Sammlung von Zeitungsartikeln oder so gewesen. Ich habe das ja vorliegen, was er Ihnen übermittelt hat. Und ich muss sagen, das sieht ziemlich gewissenhaft aus. Da wird zwar in den Anlagen auf einige Zeitungsartikel referenziert, aber er sagt systematisch, hier wird abgeprüft, Artikel so und so. Wie kommen Sie denn zu der Bewertung, die Sie hier vorhin geäußert haben, dass er Ihnen hier lediglich Zeitungsartikel hier zusammengestellt habe?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich habe nicht „lediglich“ gesagt. Er hat es ja, wie es der Kollege von Ihnen auch schon gesagt hat, angereichert mit Zahlen und mit ein paar Auffälligkeiten – ich habe ganz bewusst gesagt: Auffälligkeiten. Aber für mich reichte das eben nicht aus, tatsächliche, zureichende Anhaltspunkte anzunehmen, um hier an die Staatsanwaltschaft, unter Durchbrechung des Steuergeheimnisses, anzutreten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay. Dann möchte ich Sie nochmal fragen: Der Rajah & Tann-Bericht, mit dem haben Sie sich doch befasst, korrekt?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das war im Zusammenhang mit damals – im Juni 2019 glaube ich – irgendwie diese Rechtskanzlei, diese ausländische, wo es um irgendwelche Vorwürfe im Ausland – –

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Genau. Sie sollten sich eigentlich damit befasst haben, weil Sie führen es in einem, ja, sehr wichtigen Austausch an, als Begründung dafür, dass keine schlüssigen Feststellungen für ein strafbares Fehlverhalten festgestellt worden seien, also durch den



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Rajah & Tann-Bericht. Jetzt möchte ich Sie mal fragen: Auf welche Version des Rajah & Tann-Berichts beziehen Sie sich denn – auf die finale oder auf die vorläufige?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich weiß es nicht mehr. Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, wissen Sie was? Es macht gar keinen Unterschied. Weil in beiden wird festgestellt, dass eine Prüfung nach deutschem Recht nicht durchgeführt wurde. Es wird aber auf die Möglichkeit hingewiesen, dass auch Verstöße nach deutschem Recht vorliegen. Und wie kommen Sie dann zu der Bewertung, dass sie sagen, der Rajah & Tann-Bericht doch belegen würde, dass es keine Rechtsverstöße nach deutschem Recht gäbe?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich weiß jetzt nicht genau, was Sie da konkret meinen. Es ist einfach zu lang her.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ich meine die Feststellung in dem vorläufigen und finalen Rajah & Tann-Bericht, die den von Ihnen getroffenen Feststellungen zum Inhalt des Rajah & Tann-Berichts widersprechen. Und wenn Sie solche Feststellungen machen, dann müssen Sie ihn ja gelesen haben.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Werde ich wohl, ich kann mich aber nicht mehr dran erinnern. Ich weiß es nicht mehr. Ich kann Ihnen dazu nicht mehr sagen. Das ist anderthalb Jahre her. Ich weiß es schlicht und ergreifend nicht mehr.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Gut, das ist sehr bedauerlich, denn der Betriebsprüfer, der lag ja ganz richtig mit seiner Einschätzung und Sie lagen falsch. Und deswegen sollten Sie vielleicht versuchen, sich wieder an solche Vorgänge zu erinnern und nochmal zu verifizieren, woran Ihr Fehler lag.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich würde hier nicht von einem Fehler sprechen, das würde ich definitiv nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Achso, Sie würden nicht von einem Fehler sprechen? Ich würde Ihnen nicht empfehlen, Fehler abzustreiten.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Weil wir waren schließlich bei der Staatsanwaltschaft mit diesen Themen und haben mit der Staatsanwaltschaft das besprochen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Wissen Sie was, ich habe in den letzten Monaten einige Herren gehen sehen, die nicht in der Lage waren ihre Fehler einzuräumen. Ich empfehle Ihnen das nicht. So, und jetzt will ich Sie nochmal fragen zu der Kommunikation mit der Staatsanwältin. Bei diesem Gespräch mit der Staatsanwältin – bestand da Einigkeit im Raum zwischen, sag ich mal, dem Betriebsprüfer, zwischen Ihnen und der Staatsanwältin, was sind jetzt die weiteren Maßnahmen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Meiner Erinnerung nach, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ihrer Erinnerung nach. Und worin bestand die Einigkeit? Was sei zu tun?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Naja, dass der Betriebsprüfer eben belastbare Dokumente, wenn er welche bekommt, dann wieder mit uns als Bußgeld- und Strafsachenstelle nochmal besprechen soll und wir dann auch gerne den Kontakt mit der Staatsanwaltschaft suchen können.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, und das heißt, der Bewertung des Betriebsprüfers wurde nicht widersprochen oder seinem Ansinnen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Wir haben uns da intensiv drüber unterhalten und die Staatsanwaltschaft ist hier Herrin des Verfahrens und ich empfand das nicht als Widerspruch. Das war eine sehr konstruktive Sitzung, wo wir uns gemeinsam unterhalten haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Weil der Stern erwähnt ein Protokoll vom 24. Januar 2020, bei dem festgehalten wird:



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Laut des Protokolls aus dem Finanzamt München hatte der Prüfer aus dem Landesamt „das strittige Problem vorgetragen und die Frage gestellt, ob dem in der Financial Times geschilderten Vorwurf der Bilanzmanipulation nachgegangen werden muss“ – also „strittig“, nicht „einig“. Allerdings, so das Protokoll weiter, habe sich Bäumlner-Hösl mit ihren Kollegen dagegen gestellt.

Diese Bewertung würden Sie nicht teilen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein, definitiv nicht. Ich würde nicht sagen „dagegen gestellt“, sondern wir haben uns darüber unterhalten. Ich glaube, dass ich damals ein Protokoll über diese Besprechung gemacht habe und ich glaube nicht, dass wir da irgendwie, dass da irgendwie als Fazit drin stand: das reicht, wir waren Spinnfeind oder sonst was. Nein. Wir haben gut zusammen gearbeitet, hier über den Fall uns unterhalten und letztlich: der Anfangsverdacht war, aus Sicht der Staatsanwaltschaft, eben nicht gegeben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, dann hat als nächstes das Wort Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich würde gerne nochmal die Rolle von Ihnen und von dem Prüfer Herr Strunz – der Name ist ja ein paar Mal gefallen – nochmal besser verstehen. Der Prüfer ist aus der – wenn ich das der Gesprächsnotiz richtig entnehme – aus der Auslandsprüfung. Können Sie das nochmal organisatorisch erläutern?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, der Prüfer, der hier immer wieder erwähnt wird, ist in der Auslandsfachprüfung des Bayerischen Landesamts für Steuern tätig.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Auslandsfachprüfung? Können Sie das mal erklären?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Der prüft Auslandsverhältnisse, also speziell mit Auslandsbezug – ob's Verrechnungspreise sind, oder ausländische Käufe von Unternehmen, oder Auslandsbezug mit Waren hin und her, oder Lieferungen und sonst was. So sehe ich Auslandsfachprüfungen. Aber das muss er Ihnen eigentlich besser selber erläutern, was er genau alles prüft.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, wir haben ihn ja eingeladen. Das hat ja jetzt leider nicht geklappt, aber das ist durchaus auf unserer Liste.

Und zu Ihrer Rolle: Haben Sie – mir ist jetzt nicht genau bewusst oder geläufig, was Sie vorher gemacht haben – haben Sie praktisches Know-How über Betriebsprüfungen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Über Betriebsprüfungen praktisches Know-How hat der Betriebsprüfer.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich frag Sie, ob Sie die haben.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Allgemeine Kenntnisse. Allgemeine Kenntnisse, die man in den Finanzbehörden benötigt. Allgemeine Kenntnisse, aber nicht im Detail.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Ja, ich frag das deswegen, weil Herr De Masi hat ja gesagt, dass da einiges sehr systematisch aufgearbeitet war von dem Prüfer. Und ich will einfach nur besser verstehen sozusagen, mit welchen Fähigkeiten Sie da auf so einem Thema dann draufschauen. Ich möchte nochmal eine Sache verstehen. Ich glaube, Herr Zimmermann und auch andere haben Sie da schon nochmal gefragt, ich will's trotzdem auch nochmal versuchen damit ich's dann hoffentlich auch nochmal versteh'. Was hat sich zwischen Juni 2019 und November '19 substantiell geändert? Es kann ja auch sich auch gar nichts inhaltlich verändert haben, es ist einfach nur die Häufigkeit, ja. Also, wenn der Herr De Masi, weiß ich nicht, mich zum zweiten oder zum dritten Mal mit irgendwas nervt, sag' ich vielleicht auch irgendwann Mal „Ja“ – oder genau das Gegenteil, das weiß ich



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht. Deswegen, ich hab nicht verstanden: Was hat sich substantiell zwischen diesen Monaten verändert, dass Sie gesagt haben: jetzt möchte ich dem doch mehr nachgehen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Der Prüfer hatte eben nochmal einige Tatsachen recherchiert, im Zusammenhang auch mit Presseberichten, die auf Auffälligkeiten noch mehr hinwiesen als zuvor.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wie oft hatten Sie denn – – Wie oft hat man denn miteinander zu tun? Wie oft haben Sie über diesen Fall roundabout zwischen Juni und November gesprochen? Also eher einmal oder eher 15 mal?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Zweimal.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Zweimal?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Im Juni und im November.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sonst zwischendurch gab's keinen Austausch? Auch nicht mal elektronisch?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, ich kann mich nicht erinnern, nee, ich glaub nicht, nee. Nee. Der Prüfer ist wieder damals im Juni gegangen, hat gesagt: Ich check das nochmal ein bisschen mehr und geh noch mehr rein – und kam dann eben im November 19 wieder.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Als er was Neues hatte? Oder hatten Sie verabredet?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Als er was Neues hatte, aus seiner Sicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und daraufhin hat das dann wie lange gedauert, dass Sie dann mit der Staatsanwaltschaft zusammen gekommen sind?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich weiß jetzt auch nicht mehr genau, wann das Gespräch mit dem Prüfer war. Das war irgendwie Anfang November oder Mitte November und dann, glaub ich, bis das Schreiben bei uns rausgegangen ist, war's, ja, Ende November. Und wir hatten dann das Gespräch, glaub ich, Mitte Januar.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** 24.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Danke. Ja, ich hab's im Detail nicht mehr parat. Ja, kann sein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das ist auch okay. Ja, ist schon ein bisschen Zeit vergangen dann, ein viertel Jahr. Aber ich verstehe, das hatte alle Vorlaufzeiten. Waren Sie eigentlich bei der Staatsanwaltschaft?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich hatte ja schon vorher gesagt, dass wir bei der Staatsanwaltschaft gemeinsam waren, in großer Runde. Das war das: ich hatte, nachdem der Prüfer im November bei uns war, dann an die Staatsanwaltschaft geschrieben. Ich kann mich sogar erinnern, dass mich die Staatsanwaltschaft dann angerufen hat und gesagt hat: Danke für den Hinweis, das ist super. Wir melden uns bei Ihnen wenn's terminlich geht. Und, ja, dann ging's halt erst irgendwie am 24. Januar, also.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und die Aussage der Staatsanwaltschaft, auch „das reicht nicht“ – das war unmittelbar in diesem Gespräch?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** In diesem Gespräch am 24. Januar, wenn ich's richtig rekapituliere – –

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wie lange hat denn das gedauert, ungefähr?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Zwei Stunden, zweieinhalb Stunden.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und am Ende dieses Gesprächs haben die gesagt: das reicht nicht?



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** So wird's gewesen sein, ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich weiß es nicht, ich war nicht dabei.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, so muss es gewesen sein, ja. Die Staatsanwaltschaft hat dann als originäre Ermittlungsbehörde gesagt: Das ist nicht ausreichend für einen strafrechtlichen Anfangsverdacht nach § 152 Abs. 2 StPO, um hier sozusagen Maßnahmen einzuleiten.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und war die Staatsanwaltschaft ein Akteur, die nur zugehört hat, was sie zu berichten haben? Oder haben die auch – – weil die haben sich auch nicht zum ersten Mal mit dem Fall Wirecard an der Stelle beschäftigt. Haben die auch Wissen mit Ihnen geteilt, was sich vielleicht ergänzt hat an der einen oder anderen Stelle?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das kann schon sein, dass sie irgendwas erwähnt haben. Aber ich weiß es nicht mehr.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Was kann das gewesen sein?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich will ja auch nichts Falsches sagen. Das ist – – Es kann sein mit irgendwie Whistleblower, aber ich kann's Ihnen nicht mehr sagen. Oder mit irgendwelchen Anschuldigungen gegen oder zu Wirecard, aber ich kann's Ihnen nicht mehr sagen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sind da Namen gefallen von Wirecard-Akteuren? Ist da der Name Marsalek beispielsweise gefallen von Seiten der Staatsanwaltschaft?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Es sind keine Namen genannt worden. Also das kann ich Ihnen sicher sagen, dass da überhaupt keine Namen genannt wurden von Seiten der Staatsanwaltschaft. Die Staatsanwaltschaft hat lediglich gesagt, eventuell mit irgendwelchen Whistleblowern, aber das kann auch – –

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, das wissen Sie also nicht mehr, aber dass sie Namen definitiv nicht gesagt haben, das wissen Sie ganz genau?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Da wurden definitiv überhaupt keine Namen genannt. In dieser Besprechung wurden keine Namen von Seiten der Staatsanwaltschaft zu irgendwelchen Personen die bei der Staatsanwaltschaft vorstellig sind oder dort geführt werden oder sonst wie genannt. Also, da wär' ich mir eigentlich ziemlich sicher.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Eine Frage noch, Herr Vorsitzender. Ich weiß, die Zeit ist abgelaufen. Ich darf daraus jetzt nicht zitieren, aber ich versuche es so zu umschreiben. Da geht's dann auch nochmal um die Presseberichte in dem Brief den Sie auch unterschrieben haben, wo Sie über Mutmaßungen aus der Presse sprechen. Also, das ist ja auch ein Narrativ, Mutmaßung ist ja eine Wertung. Wie sind Sie denn zu dem Schluss gekommen, dass das Mutmaßungen sind?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich weiß jetzt auch nicht, aus welchem Dokument Sie zitieren. Deswegen tue ich mir schwer damit. Aber – –

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich kann's Ihnen vorlegen. Ich kann Ihnen aber auch einfach sagen, dass das das Schreiben ist im Juni 2019, das Sie an den Herrn Degenhart geschrieben haben. Das wird wahrscheinlich – nein, das wird sehr sicher – nach Ihrem Gespräch mit dem Prüfer gewesen sein. Und da sprechen Sie über von Mutmaßungen in der Presse, so nach dem Motto, das ist halt Gerüchteküche, aber nichts Ernstes. Das ist ja eine Wertung, die Sie ja auch vorgenommen haben in dem Moment. Haben Sie die Presseberichte da eigentlich gelesen? Sie schreiben übrigens hier von der Financial Times Deutschland – die gab's zu dem Zeitpunkt schon zehn Jahre nicht mehr, also das war die englischsprachige Financial Times. Haben Sie diese Presseartikel gelesen, verstanden?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich denke schon, dass ich die Artikel, die ja der Herr Strunz uns auch mit übersandt hat, gelesen hatte. Und das



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

ich da eine falsche Bezeichnung gewählt hab, mein Gott. Also, das soll jetzt nichts bedeuten. Ich hab ja vorher schon gesagt mit den Presseberichten, ich weiß es nicht mehr, was die Financial Times Deutschland oder London oder was auch immer.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Verstehen Sie mich nicht falsch, ich mach Ihnen das ja gar nicht zum Vorwurf. Ich wollte nur verstehen, wie man zu so einer – – dazu kommt, ja. Das kann ja eine Motivation sein. Das wollte ich jetzt nur mit Ihnen gemeinsam erörtern. Also deswegen – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Meine Motivation beim Schreiben – ich kann's Ihnen auch nicht mehr sagen, was meine Motivation damals war. Ich wollte bloß eben der Betriebsprüfung mitteilen, dass es hier nicht ausreicht. Das war die Motivation, dass es eben keine zureichenden, tatsächlichen Anhaltspunkte sind für außersteuerliche Straftaten aus meiner Sicht damals. Welche Wortwahl ich da getroffen habe, kann ich im Detail nicht mehr sagen. Und ich würd' mich auch nicht an jedem Wort eines Schreibens im Detail aufhängen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das haben wir in dem Fall häufig gehört, aber manche Wörter sind dann doch entscheidend.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Kollege Bayaz, ich war jetzt großzügig.

Gut, ich würde nochmal zu den Presseberichten nochmal aufsetzen, die Dr. Bayaz auch eben erwähnt hat. Gab es also dazu nochmal einen dezierten Austausch mit dem Bayerischen Landesamt für Steuern? Also Ihrerseits, dass Sie nochmal gesagt haben: Okay, die und die Zeitungsartikel liegen vor, auch wenn sie mir noch nicht substantiiert genug sind? Und da bin ich persönlich immer sehr dankbar, dass das Steuergeheimnis bei uns in Deutschland ein hohes Gut ist – das sollte es eigentlich auch bleiben. Aber gab's dann Austausch mit dem Bayerischen Landesamt für Steuern?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Bezogen jetzt auf was genau?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Auf diese Zeitungsartikel, die wir hier ja eben schon im Juni 2019 erörtert hatten, die auch Dr. Bayaz eben genannt hat, die Ihnen auch der Herr Strunz mit vorgelegt hat.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein, es gab keinen Austausch mit dem Landesamt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann würde ich nochmal auf das Treffen am 24. Januar eben entsprechend mit der Staatsanwaltschaft, mit Ihrem Chef, mit dem Steuer-, also dem Betriebsprüfer, kurz eingehen. Sie haben ja eben gesagt, Namen sind nicht genannt worden. Aber können Sie vielleicht etwas detaillierter die Positionen kennzeichnen, der Teilnehmer, im Hinblick auf das weitere Vorgehen. Also, wie war beispielsweise Ihre Position? Welche Position hat in diesem Gespräch und in dem Austausch – Sie haben das ja als sehr konstruktiv beschrieben – Herr Strunz eingenommen? Und welche Position hat Frau Bäumler-Hösl eingenommen? Können Sie sich daran noch erinnern? Also wer so in etwa eine Position eingenommen hat und das natürlich dann auch – es sind ja viele Juristen anwesend gewesen – das juristisch auch ein bisschen untermauert hat. Und hat die Staatsanwaltschaft vielleicht auch beim Untermauern selbst noch etwas Salz in diese Suppe, die noch nicht hinreichend zur Eröffnung eines Verfahrens reichte, angereichert? Oder hat die Staatsanwaltschaft nur „danke“ gesagt und „das war prima, dass Sie zugegen waren“?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, ich glaube, dass das Gespräch damals die Frau Bäumler-Hösl eröffnet hat und dann ging das Wort an mich sozusagen, der hier den Fall gemeldet hat. Wo ich dann gesagt hab: Wir haben hier Verdacht auf mögliche außersteuerliche Straftaten. Im Detail übergebe ich jetzt das Wort eben an den Auslandsfachprüfer, der das hier vorstellt.

Und der hat dann eben viel erzählt – es war, wie gesagt, eine längere Besprechung – im Detail zu diversen Auffälligkeiten. Und, ja, dann haben



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

letztlich die Frau Bäumler-Hösl über die Messlatte für einen Anfangsverdacht gesprochen und was hier Voraussetzung ist. Und hat, glaube ich, auch nebenbei erzählt, dass hier wohl bei der Staatsanwaltschaft schon was ist – wie genau auch immer kann ich Ihnen nicht mehr sagen. Ich betone nochmal: sie hat da überhaupt keine Namen genannt von irgendwem. Ich bilde mir ein – aber das kann auch rückblickend falsche Erinnerung sein –, dass Sie irgendwas von Whistleblowern gesagt hat. Aber das kann falsche Erinnerung sein, also da leg ich wirklich die Hand nicht für ins Feuer. Sie hatte bloß irgendwas gesagt, dass es eben einen Hinweis oder Verdacht gibt. Und schlussendlich hat dann die Frau Bäumler-Hösl eben nach der Schilderung auch gesagt, dass hier ein Anfangsverdacht eben nicht vorliegt. Also, für einen Anfangsverdacht ist eine hohe Hürde, eine hohe Schwelle. Das ist mehr als die zureichenden, tatsächlichen Anhaltspunkte, die die BuStra zu würdigen hat, sondern das ist noch mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Und da ist die Staatsanwaltschaft die Expertin dazu, also für diese außersteuerlichen Straftaten. Und von daher war das auch in Ordnung. Wir sind dann gut auseinander gegangen. Ich glaub', die Frau Bäumler-Hösl hat eben auch gesagt, dass hier der KPMG-Sonderprüfungsbericht noch erscheinen wird. Wenn sich irgendwas ergibt dazu, dann können wir jederzeit noch Kontakt aufnehmen, wenn sich hier irgendwas anders, Neues ergeben sollte. Aber ich glaube, das Grundproblem war ja auch, dass der Prüfer eben nichts bekommt, nichts Substantiiertes.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hat die Staatsanwältin auch an diesem Gespräch gesagt: es sind eben vielleicht im Ausland durchaus zu würdigen Straftatbestände, die eben im Ausland vielleicht nach geltenden – ich sag jetzt mal indischen oder anderen – Rechten zu würdigen seien, aber eben in Deutschland allein als Delikt nicht strafbar sind?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Kann ich mich nicht erinnern, dass sie sowas gesagt hat. Nee. Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, also für sie – also nicht für Sie, sondern für Frau Bäumler-Hösl – war eben der Anfangsverdacht nicht ausreichend? Das war deutlich dann an dem 24.?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich glaub', das müsste ich auch in meiner Aktennotiz niedergelegt haben, dass wir uns alle einig waren, dass es nicht ausreicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also hier bestand keine Disharmonie, sondern wir waren uns wirklich einig. Und ich war der Staatsanwaltschaft auch dankbar, dass sie sich des Themas uns gewidmet hat, dass wir hingehen konnte. Das war nicht das erste Mal, dass ich dort war mit einem Fall. Und das war ein sehr gutes Verhältnis, das wir gepflegt haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Und wie hat sich nach diesem 24. Januar – – war da für Sie noch ein Erkenntnisgewinn oder ist da auch nochmal Herr Strunz auf Sie zugekommen oder war nach dem 24. entsprechend die Messe gesungen? Und fand vielleicht nach dem 24. zwischen Ihnen und dem Bayerischen Landesamt für Steuern oder dem Bundeszentralamt für Steuern nochmal ein Austausch eben zum Sachverhalt Wirecard, aufsetzend auf dem Gespräch vom 24. Januar, statt?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Naja, ich glaube, dass ich zum einem Kontakt hatte mit dem Landesamt für Steuern dann eben mit der Vorgesetzten von dem Betriebsprüfer wegen dem KPMG-Sonderprüfungsbericht – wenn ich das richtig in Erinnerung hab. Und dass ich auch erstmals dann erfahren habe – ich hab's ja vorher schon einem Kollegen von Ihnen gesagt – im Mai 2020, dass das Bundeszentral Amt hier inmitten ist. Das wusste ich bis zu diesem Zeitpunkt nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja genau, okay. Also der 20. Mai war da der entscheidende – –



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nee, ich hab' jetzt keinen Tag gesagt, sondern Mai irgendwie, Mai damals.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nur Mai. Wobei der 20./22. Mai das sind ja durchaus wichtige – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein, ich weiß es nicht mehr, wann im Mai der Erstkontakt mit dem Bundeszentralamt war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, aber war im Mai?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Im Mai. Im Mai gehe ich glaub ich schon ziemlich – – das war im Mai. Aber das ist, wie gesagt, auch schon lange her.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Gab es – abschließend von mir noch die Frage – Kontakte zu diesem Sachverhalt der Bayrischen Staatsregierung? Also gab's da nochmal Kontakte oder zur Staatskanzlei?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also ich hatte – ich habe es ja schon mal gesagt in meinem Eingangsstatement – nie eine Beeinflussung durch irgendjemanden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, keine Beeinflussung. Kann ja einfach sein, dass man sagt: was ist denn da jetzt bekannt? Also muss ja nicht immer gleich ein professionelles Regierungshandeln sein. Sondern kann ja auch einfach sein, wenn man mal sagt: Mensch, das ist nun ein wichtiges Unternehmen in Bayern. Wie man es nun immer definieren will. Aber Deutschland lebt ja ein bisschen von Export und guten Produkten, die Betonung liegt auf „gut“. Dass da einfach mal ein Interesse ist und das man einfach mal sagt: Mensch, was ist denn da jetzt dran? Müssen wir uns auf Steuerausfälle einstellen? Oder in dem Fall habe ich ja von Herrn Jaffé gehört, der sagt: Ja, vielleicht ein ganz neue Dimension, die Steuern sind nicht verkürzt, sondern in dem Fall aufgebläht worden. Aber von den aufgeblähten Steuern möchten wir vielleicht was zu-

rück haben. Ist ja auch mal eine interessante Literatur, die sich da vielleicht dann auftut. In der Hinsicht, nicht in Beeinflussung gedacht.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Never. Also, ich hatte – – Der einzige Kontakt war eben mit dem Bundeszentralamt für Steuern und dann nochmal mit dem Betriebsprüfer aus dem Landesamt für Steuern. Aber mit weiter übergeordneten Behörden hatte ich nie Kontakt, nie.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. Gut, dann guck' ich zu dem Kollegen der CDU/CSU, sind da noch – – Bitteschön.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Ich hätte noch eine Frage. Sie haben ja zu würdigen gehabt, ob Sie das Steuergeheimnis durchbrechen können – im Januar, nein, wann war das, im Juni 2019 –, um der Staatsanwaltschaft den Sachverhalt vorzutragen – sage ich jetzt mal untechnisch, weil das Wort fällt mir schon wieder nicht ein. Das ist ja auch strafbewährt, falls Sie melden und die Staatsanwaltschaft teilt Ihre Auffassung nicht – oder wer auch immer –, dass die Tatbestandsvoraussetzung für die Durchbrechung des Steuergeheimnisses gegeben ist. Halten Sie die Hürde eigentlich für zu hoch?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das ist jetzt meine persönliche Einschätzung, das ist keine Tatsache. Aber ich sag persönlich, die Hürde ist viel zu hoch, ja. Definitiv. Das ist ja – – Deswegen wollte ich ja auch viel zum Steuergeheimnis eigentlich in meinem Eingangsstatement sagen. Und letztlich dieser § 30 ist extrem kompliziert. Das ist kein einfacher Paragraph, ja. Und man muss dazu sagen für Wirtschaftsstraftaten: das ist sozusagen der Katalog aus § 74 lit. c an Taten. Das ist ganz eingeschränkt, das ist schon mal von den Taten sehr eingeschränkt. Und dann muss eine besondere Schwere da sein oder Gewichtigkeit des Ganzen. Ich hab ja schon gesagt: der kleine Diebstahl, wenn der auffallen sollte, das reicht nicht, dass ich damit überhaupt an die Staatsanwaltschaft gehe – aus der Prüfung, aus einer laufenden Betriebsprüfung. Von daher, die Schwelle ist schon sehr hoch. Und das obliegt ja letztlich dem Gesetzgeber. Und es ist meine persönliche Einschätzung: die Schwelle ist sehr, sehr hoch und



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

macht natürlich ein sehr hohes Handicap diesbezüglich, das man eben mit der Staatsanwaltschaft Kontakt aufnimmt. Ganz ehrlich, wenn es diese Schwelle nicht geben würde, und die Schwelle niedriger wäre, dann wäre ich schon sicher im Juni '19 mit den Sachen zur Staatsanwaltschaft gegangen.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Ja, also ich stell' Ihnen die Frage, weil wir als Untersuchungsausschuss auch den Auftrag haben, Vorschläge an uns selber – an den Gesetzgeber – zu machen, Dinge zu verbessern oder zu ändern. Und nach meiner Einschätzung sind ja die Betriebsprüfer vor Ort und es gibt kaum jemanden, der noch mehr Einblicke in ein Unternehmen hat. Und das ist ja eigentlich dann nicht zu verstehen, dass das nicht genutzt wird. Natürlich erlebt man das auch, dass Betriebsprüfer es sehr schnell mit manchen Dingen sind. Von daher gibt's da eine Abwägung, das sehe ich auch schon. Aber von daher hat mich Ihre Einschätzung in dem Punkt mal interessiert. Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. Nee? Wir haben auch keine weiteren Fragen mehr. Dann gucke ich zu den Kollegen der SPD Fraktion.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja wir haben noch Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitteschön.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Herr Kapfelsperger, Sie haben – genau, Herr Strunz ist an Sie herangetreten. Wie eigentlich? Erst telefonisch, mit einer E-Mail oder persönlich? Wie war das nochmal?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich glaube, dass er bei meiner Bearbeiterin angerufen hat. Aber ich weiß es nicht mehr. Also es gab, glaub ich, keine E-Mail – es war ein Telefonat. Aber ich weiß es nicht mehr.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Kapfelsperger, Sie sagen auch immer, Sie wissen es nicht mehr. Ich frage mich: Gibt es bei Ihnen in der Behörde einen Dokumentationspflicht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Natürlich, aber ich bin ja nicht mehr in Finanzbehörde tätig. Deswegen habe ich dort auch keinen Einblick mehr genommen. Natürlich, das wurde alles in der Akte dokumentiert.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Haben Sie all das dokumentiert?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja. Also ich geh' davon aus, dass ich all das, was notwendig ist, dokumentiert habe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Auch Ihre Bewertung über diesen Fall, den Herr Strunz, der Betriebsprüfer, vorgebracht hat bei Ihnen? Wie haben Sie das eigentlich analysiert? Haben Sie das jetzt gelesen und haben gedacht: Ach nee, die Schwelle ist noch nicht erreicht? Oder haben Sie das verschriftlicht? Wie haben Sie das gemacht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich hab das sicher gelesen und auch besprochen mit meiner Bearbeiterin und ich glaub', das Ergebnis dessen war dann eben ein Brief an die Betriebsprüfung, wo wir gesagt haben: die Schwelle ist noch nicht erreicht.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und haben Sie diese Überprüfung, Ihre persönliche Analyse, als Sachgebietsleiter verschriftlicht? Mit einem negativen Urteil.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich glaube nicht. Ich glaube nicht, nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ist das üblich?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das ist üblich.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Weil Sie gesagt haben, es gibt gewisse Dokumentationspflichten.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das ist üblich, dass man die persönlichen Gedanken –

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nicht die persönlichen. Sie kriegen ja dort von einem Betriebsprüfer einen Fall aufgelegt, mit Auffälligkeiten und das müssen Sie ja bewerten.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Richtig.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie wird das gemacht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Man liest sich durch, man bespricht es mit den Kollegen und dann gibt's an den Kollegen ein Ergebnis dessen daraus.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wo ist dieses Ergebnis? Ist dieses Ergebnis mündlich?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das Ergebnis ist dann der Brief, der dann eben an die – – oder das Schreiben, das dann eben an die Betriebsprüfung ging.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Jetzt haben wir von den bayerischen Behörden – – also in den bayerischen Unterlagen finden wir diese Sachen nicht – vielleicht haben wir es auch nicht gefunden. Könnten Sie uns vielleicht die MAT-Nummern dazu nennen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Die was für Nummern?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nicht Sie, ich habe gerade die Vertreterin aus Bayern gebeten darum.

**Julian Wonka (BayStMI):** Entschuldigung, wenn Sie's – – Welche Nummern die – –

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Genau, die MAT-Nummer oder die Tagebuchnummern oder – – Genau, wir haben das in den bayerischen Unterlagen nicht gefunden, diese Dokumentationen. Und Herr Kapfelsperger kommt ja offenbar, da er nicht mehr dort tätig ist, auch nicht an die Dokumente heran.

**Julian Wonka (BayStMI):** Also ich bin jetzt nicht in den Einzelheiten des Falles drin. Ich kann Ihnen nur sagen, dass also der Prüfungsauftrag so gelesen wurde, dass es um die Zusammenarbeit mit den Bundesbehörden geht. So wurde mir das gesagt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Also, es gibt eine Lücke in der Dokumentation von Juni bis zu dem Termin in der Staatsanwaltschaft. Und ich würde gerne diese Unterlagen von den bayerischen Behörden einsehen.

**Julian Wonka (BayStMI):** Also, ich frag' da gerne nochmal nach, ob das vorgelegt werden kann.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay, vielen Dank.

Herr Kapfelsperger, Sie hatten ja gesagt, dass Sie über Wirecard oder mit Wirecard erstmals 2019 in Berührung gekommen sind.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Dann hatten Sie die Personen genannt. Das ist Herr Strunz, mit dem Sie über Wirecard gesprochen haben, die Staatsanwaltschaft, die Personen, die daran teilgenommen haben. Haben Sie noch mit anderen Personen sich über Wirecard ausgetauscht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Haben Sie vielleicht mit der Polizei in München sich über Wirecard ausgetauscht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das war im Zuge mit der Staatsanwaltschaft. Das kann durchaus sein, dass mir da ein Kontakt genannt wurde. Ja, wo Sie's sagen, ich glaube, ich hatte mal ein Telefonat mit der Polizei, ja. Das war aber schon ziemlich am Ende des Geschehens. Aber ja, kann sein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Können Sie sich daran erinnern? Etwas genauer erinnern? Haben Sie das dokumentiert damals, das Gespräch?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das kann sein, dass ich es dokumentiert habe, ich weiß es nicht. Ich weiß es nicht – schlicht und ergreifend.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. Ich kann Ihnen eine Korrespondenz zeigen, vielleicht erinnern Sie sich dann. In dem letzten Absatz steht ein Wort.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

(Dem Zeugen werden Unterlagen vorgelegt.)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ganz kurz, ich möchte jetzt nur – weil ich kann es von hier natürlich nicht sehen –, aber ich möchte sicherstellen: Ist das ein stiller Vorhalt?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann würde ich bitten, auch für das Protokoll und für das Tonband, dass das erwähnt wird.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Mache ich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und dass dann eben nur gesagt wird: Sehen Sie das auch so? Oder – – Weil aus dem hier dann nicht zitiert werden kann.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, also das ist richtig, ich hatte dann Kontakt mit der Polizei. Also ich hatte mit „anderen Personen“ – meinte ich jetzt irgendwie alle Drittfremden. Und aber die Polizei war in dem Fall wohl beteiligt, ansonsten hätte ich jetzt hier nicht mit der Polizei Kontakt gehabt.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Finden Sie das Wort im letzten Absatz, das letzte Wort, passend?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das war ein Insider, das war ein Joke. Das war ein Joke mit dem Kollegen. Das hat mit der Sache nichts zu tun. Also, wenn Sie den letzten Absatz sich durchlesen, da ging's dann eben auch um jemanden, über den wir einen gemeinsamen Witz gerissen haben. Ein Insider, ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Das kann ich natürlich nicht wissen. Das ist richtig.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Deswegen sag ich es Ihnen gerne, dass das eben ein Insider war. Der überhaupt nichts, wirklich überhaupt nichts, eigentlich zur Sache tut. Und wenn ich gewusst hätte, dass das überhaupt hier Aktenbestandteil wird, hätte ich sowas auch nicht geschrieben, ja?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Tja, was hier alles so Aktenbestandteil ist – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das – – Aber ich muss es sagen, also das Wort hier das ist eben ein Insider.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, ich verstehe.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Sie können da gerne auch den Kollegen dann vielleicht auch nochmal laden, wenn Sie das unbedingt wollen und von dem hören wollen, dass das hier ein Insider zwischen ihm und mir war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Danke Herr Kapfelsperger. Ich hatte eben die MAT-Nummer vergessen, die muss ich glaub' ich nochmal wiederholen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Tagebuchnummer 17/20.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Dann kann sich jeder das Wort nochmal zu Gemüte führen.

(Zwischenruf)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die MAT-Nummer hat der Kollege nochmal gewünscht.

(Zwischenruf:  
17/20 Blatt 314)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Wie viele Kollegen sind Sie in Ihrer Abteilung? In der BuSta.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** In der Bußgeld- und Strafsachenstellen meinen Sie jetzt?

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, in der BuStra.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** In der BuStra. Sachgebietsleiter oder Bearbeiter oder alle zusammen?



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Alle zusammen.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Alle zusammen schätze ich mal 50 bis 60. Das ist jetzt eine grobe Schätzung: 50 bis 60. Also wir waren fünf bis sechs Sachgebietsleiter mit jeweils entsprechend fünf bis zehn Bearbeitern, dann gab es noch Kanzlei und paar Tarifbeschäftigte. Also, ich glaub', wir kommen auf so 50 bis 60.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Aber das ist doch dann – gerade erst dann – eben auch wichtig, sich mit Kolleginnen und Kollegen auszutauschen, wenn das 50 bis 60 Beschäftigte sind, über solch ein Fall. Sie hatten vorhin gesagt, Sie haben das alleine entschieden. Sie haben gesagt, Sie wissen nicht, ob Sie eine Verschriftlichung Ihrer Analyse zu den vorgebrachten Auffälligkeiten des Betriebsprüfers Strunz gemacht haben. Und Wirecard ist ein bayerisches Unternehmen. Dann kommt so ein Betriebsprüfer, ein fleißiger Betriebsprüfer, erzählt Ihnen über Wirecard, ein DAX Unternehmen aus Aschheim in Bayern, was und das wird nicht Gesprächsstoff innerhalb des Kollegiums?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Steuergeheimnis. Ich kann es wirklich nur so sagen. Wir haben uns viel ausgetauscht in der Behörde.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ist das wirklich so, dass jeder – – Also Sie bei der BuStra, die 50 bis 60 Personen: Jeder arbeitet aufgrund des Steuergeheimnisses für sich und tauscht sich nicht oder es gibt keine Teams? Oder – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Natürlich gibt es Sachgebiete, man tauscht sich abstrakt über Probleme aus. Aber im konkreten Einzelfall tauscht man sich nicht drüber aus. Das ist sozusagen, da gibt's ganz klar: der Bearbeiter und der Sachgebietsleiter sind dann ein gutes Team. Die tauschen sich drüber aus, machen sich drüber Gedanken und wenn man damit Zweifel hat oder Fragen hat, dann geht man in abstrakter Form an die Kollegen ran, redet mit denen drüber und bespricht das gemeinsam.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Haben Sie das getan?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das weiß ich nicht mehr, aber ich glaube nicht. Aber ich weiß es nicht mehr

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Sie haben es sich dokumentiert?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das weiß ich nicht mehr. Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Das ist so lang her.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Also dann brauchen wir umso dringender diese Unterlagen zwischen Juni '19 und bis zum Termin der Staatsanwaltschaft. Dann wollte ich Sie noch fragen, Sie sind ja, seit Mai 2019 waren Sie beschäftigt bei der BuStra – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nee, September 2018 hatte ich gesagt. Nicht Mai 2019. September 2018 war ich bei der BuStra.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Achso okay. Und im Juni 2020 oder Ende Juni haben Sie eine neue Stelle angetreten?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Zum 1. Juni 2020.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Zum 1. Juni, okay. Und wann haben Sie sich beworben eigentlich?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Anfang Mai? Anfang Mai 2020. Aber ich weiß es – – auch selbst das weiß ich nicht mehr im Detail.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ich mein', Sie sagen immer, das ist so lange her – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, das ist auch lange her.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ein Jahr ist nicht lange her. Wenn Sie so lange her sagen, dann denkt man es ist 10 Jahre her, aber ein Jahr – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also ich habe leider kein Elefantengedächtnis, es tut mir leid. Ich bemühe mich hier nach bestem Wissen und Gewissen, Ihnen Rede und Antwort zu stehen und bemühe mich wirklich. Aber ich kann nicht für



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

jedes Detail Gewähr übernehmen und deswegen muss ich es immer einschränken. Ich weiß es leider im Detail nicht mehr.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Finden Sie, dass das eine Beschäftigung von langer Dauer war?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Naja, was ist lang, was ist kurz? Das ist jetzt keine Tatsache, das ist letztlich eine Meinung, die man haben kann oder nicht haben kann.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Natürlich, es ist ja auch Recht, sich weiterzuentwickeln und einen neuen Job zu suchen, gar keine Frage. Aber mich hat das irgendwie interessiert. Wie heißt eigentlich Ihre neue Stelle? Sie sind bei der Staatskanzlei, Eingabe, haben Sie gesagt, Eingabestelle. Aber wie heißt die Stelle? Was sind Sie da?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich bin dort Referent.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Referent für?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, Referent eben quasi in dieser Eingabestelle. Und arbeite dort mit, verfasse Schreiben in wichtigen Fällen oder bereite Schreiben vor, schaue, dass ich die Eingänge systematisch ordne, priorisiere „eilt“ oder „eilt nicht so sehr“, „eilt sehr“, dass man die Dinge weiterbringt, in verschiedenste Ressorts dort mit zusammenarbeitet.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ist das, wenn man jetzt...

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kiziltepe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** ...die beiden Stellen vergleicht eine Verbesserung?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kollegin. Frau Kiziltepe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Herr Hauer hatte immer minus zwei Minuten hier, wirklich. Ich bin gerade bei 30 Sekunden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Er hat, ich könnte jetzt auch sagen, die Frage so gelegt, dass er drei

Sekunden vor Ablauf fertig war. Und dann hat natürlich der Zeuge das Recht, zu antworten.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ich wollte nur wissen, ob es eine Beförderung, also eine Besserstellung war, ein Weiterentwicklung war oder – –

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich könnte jetzt sagen, wenn das mit dem Sachzusammenhang hier im Fall weiterbringt und im Ermittlungsauftrag steht, würde ich es glatt zulassen. Sehe es aber nicht so.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Finde ich schon.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also insoweit würde ich jetzt bitten, dass Dr. Toncar weitermacht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Danke.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist eigentlich seitens der Staatsanwaltschaft mal in Erwägung gezogen – – weil Sie haben jetzt ganz lange über diese Schwelle gesprochen und so weiter, die ja sehr dehnbar ist. Bei Dan McCrum war die Schwelle gar nicht so hoch, wie Sie uns hier gerade dargestellt haben – da hat man gleich ermittelt. Sie wissen, wer das ist, Dan McCrum?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das war ein Whistleblower, oder?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, das war der Financial Times Journalist. Da gab es überhaupt kein Problem mit dem Anfangsverdacht, obwohl der sogar rechtlich privilegiert ist. Egal. Aber wurde mal über Vorermittlungen gesprochen? Der Anfangsverdacht, das förmliche Ermittlungsverfahren ist ja schon definiert. Aber wenn man die Schwelle nicht erreicht, gibt es ja Vorermittlungen im deutschen Strafrecht; noch nicht mit konkreten Beschuldigten, aber zur weiteren Sachverhaltsaufklärung. Hätte man ja machen können, so bei einem DAX-Unternehmen mit Bilanzfälschungsvorwürfen und so, und wenn man sagt: Anfangsverdacht ist noch nicht. Vorermittlungen,



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

wenn sich Ihr Kollege sich so Mühe macht, da was aufzuschreiben – alles nicht passiert, ne?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also wir waren bei der Staatsanwaltschaft und haben uns mit denen ausgetauscht. Was die Staatsanwaltschaft genau für Ermittlungen/Vorermittlungen hat, das geht mich ja auch gar nichts an als Bußgeld- und Strafsachenstelle. Deswegen kann ich dazu auch gar nichts sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee, das stimmt schon. Aber Sie haben ja im Juni erstmal gesagt: wir machen nichts; obwohl man ja auch der Staatsanwaltschaft durchaus das hätte übergeben können und dann in der Tat hätten die sich überlegen können, ob sie vielleicht Vorermittlungen einleiten.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, ich meine, letztlich man sieht es ja auch, im November habe ich es dann gemeldet. Und auch da hat dann die Staatsanwaltschaft, die die originäre Ermittlungsbehörde ist, gesagt: das reicht noch nicht aus.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, für einen Anfangsverdacht. Ist das Wort „Vorermittlungen“ mal gefallen am 24.01.?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das weiß ich nicht, keine Ahnung. Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Ganz andere Frage: Kennen Sie Herrn Frank Stahl?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Wer?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee, scheinbar nicht.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Hä?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Frank Stahl. Ja, der hat – – Die Firma, für die Herr Stahl gearbeitet hat – das ist kein Geheimnis: Baker Tilly – hat auch bei der Besteuerung von Wirecard mitgeholfen oder eine Rolle gespielt. Das ist eine Kanzlei auch – hätte sein können. Okay.

Zwischenruf

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das ist Bayern, das ist schön. Bayern ist ein wunderschönes Bundesland, ich kann da nur ein Plädoyer auf Bayern halten, wie schön Bayern ist. Aber ich kenne nicht jeden, der in Bayern wohnt, auch nicht in Starnberg.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie waren wahrscheinlich nicht so oft im P1 wie der Herr Stahl, sonst – – Nein, bevor der Vorsitzende es rügt.

Noch eine andere Frage: Sie haben sich ja auch gegen Ende von Wirecard – sagen wir mal im Vorfeld des Zusammenbruchs – doch auch noch mit dem Fall immer wieder befasst. Sie haben selbst gesagt, nach dem KPMG-Bericht ging es nochmal los und man sieht es ja auch in den Akten hier, ohne dass ich das jetzt vorlese. Aber Sie haben die Sache mit der Polizei erwähnt – Sie waren damit beschäftigt. Warum waren Sie in Ihrer Rolle jetzt damals eigentlich in der Phase noch beschäftigt mit dem Fall Wirecard? Sie haben doch vorher gesagt: wenn die was vorlegen, prüfen wir, ob ein Anfangsverdacht da ist. Also wenn zum Beispiel der Kollege Herr Strunz mir was vorlegt, prüfe ich, ob ein Anfangsverdacht da ist und das an die Staatsanwaltschaft geht. Aber was war denn jetzt Ihre Rolle oder Ihre Aufgabenteilung speziell, ich sage mal, im zweiten Quartal 2020? Was haben Sie da – – Warum waren Sie da überhaupt noch involviert?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja letztlich war der Hintergrund zunächst einmal der KPMG-Sonderbericht, der erschien – ob da irgendwas im Hinblick auf außersteuerliche Straftaten möglicherweise enthalten sein könnte, ja. Dass ich da dann eben den KPMG-Sonderprüfungsbericht mir organisiert habe. Und letztlich dadurch kam es ja auch nochmal, glaub ich, dass wir nochmal mit der Staatsanwaltschaft Kontakt hatten.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja. Ist aber sehr interessant, weil der KPMG-Sonderbericht hat natürlich in der Tat viele interessante Dinge hervor gebracht. Aber dass sich eine Finanzbehörde damit beschäftigt und auch noch unter dem Blickwinkel, ob da was Außersteuerliches drin steht, verstehe ich, ehrlich gesagt, nicht.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Es war – – Ich kann es nur so sagen, wie es war. Wie der KPMG-Bericht erschien, habe ich mir den angeschaut, durchgelesen – war ein sehr interessantes Dokument. Dokument des Grauens wurde es auch bezeichnet vom Spiegel, glaube ich. Und bin aber da, glaube ich, nie komplett fertig geworden, den vorn vorne bis hinten zu plausibilisieren oder so. Aber im Zusammenhang mit diesem KPMG-Sonderprüfungsbericht kam es eben dazu – auch mit der, glaube ich, auch mit dem Bundeszentralamt für Steuern, wenn ich es richtig in Erinnerung habe –, dass wir nochmal an die Staatsanwaltschaft heran getreten sind.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja das, genau, haben Sie durchaus ja auch ausgeführt – nur was BuStra jetzt damit zu tun hat? Also, ich meine, Sie kriegen einen Bericht von einem Steuerprüfer, der hat sich Mühe gegeben. Das legen Sie bei Seite und sagen erstmal: da passiert nichts. Und dann gibt es einen KPMG-Bericht, der steht im Internet, der berührt eigentlich Ihre Zuständigkeit nicht, den könnte die Staatsanwaltschaft unmittelbar auch auswerten – hat sie übrigens ja auch getan, dafür brauch sie Sie gar nicht – und da hängen Sie sich rein? Da hab' ich noch nicht ganz verstanden, warum das so lief.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, ich würde nicht davon sprechen, dass wir den Prüfer zur Seite gelegt haben. Sondern wir haben das damals, wenn Sie den Vorgang im Juni '19 ansprechen, plausibilisiert, geprüft, gesagt: die Schwelle ist noch nicht erreicht; der Prüfer ist nach Hause gegangen oder nochmal zur Firma, hat noch einmal ein bisschen nachrecherchiert, nochmal neue Erkenntnisse zusammengetragen. Wie er wieder bei uns war, war es genügend, dass wir zur Staatsanwaltschaft gehen. Und dass das eine schwierige Gemengelage mit außersteuerlichen Delikten ist, sieht man ja daran, dass die Staatsanwaltschaft gemeinsam mit uns gesagt hat: das reicht nicht aus.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja. Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. Dann bitteschön, Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Herr Kapfelsperger, erinnern Sie sich an die Schilderungen der, sage ich mal, dubiosen Transaktionen rund um den Hermes-Indian-Deal im KPMG-Bericht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja. Nicht mehr im Detail, aber grundsätzlich ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Sie erinnern sich daran?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Es war sehr – –

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Können Sie mir nochmal sagen: Wo haben Sie sich den KPMG-Bericht besorgt haben, im Internet?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Wissen Sie, in der Version im Internet steht überhaupt nichts drin über den Indian-Deal, das steht nur im Infoband. Deswegen frage ich mich: Haben Sie vielleicht auch den Infoband sich irgendwoher besorgt?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Oder hatte ich das mit dem Indian-Deal vom Bundeszentralamt? Ich weiß es nicht mehr genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also ich hatte jedenfalls keine zusätzlichen Akten, das muss ich hier betonen. Wenn es in zusätzlichen Akten steht, weiß ich nicht, wie es dann zu mir kam. Jedenfalls kam das zu mir mit dem Indian-Deal über – –

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Versuchen Sie mir nochmal darzustellen: Also woher haben Sie sich den KPMG-Bericht jetzt besorgt? Aus dem Internet oder vom Bundeszentralamt für Steuern?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Den KPMG-Bericht habe ich selbst, persönlich mir aus dem Internet besorgt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Und den Infoband, wo Sie das mit dem Indian-Deal gelesen haben?



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich hatte keinen Infoband. Ich hatte keinen Infoband zum Indian-Deal.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay. Haben Sie sich denn mit der Staatsanwältin Bäumler-Hösl hier vor der Vernehmung hier ausgetauscht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Haben Sie denn das Vernehmungsprotokoll von ihr gelesen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein, ich wüsste gar nicht, wo ich das bekomme.

(Zwischenruf: Nicht im Internet.)

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Nicht im Internet, genau. Hoffentlich. Ich frage nur, weil da so gewisse Auffälligkeiten waren in Formulierungen. Ich würde Sie gerne nochmal fragen: Haben Sie sich jemals mit EY zu dem Sachverhalt ausgetauscht – Wirecard –, mit Vertretern von EY?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich persönlich, nein. Ich weiß nicht, mit wem die Betriebsprüfung alles Kontakt hatte. Aber ich persönlich: nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay. Und die Kollegin Kiziltepe wollte sich ja eigentlich erkundigen – wahrscheinlich auch aus Empathie –, ob sie sich beruflich verbessert haben. Aber das war ja eine Frage, die als nicht zulässig bewertet wurde. Ich will das mal anders fragen: Die Stelle, auf die Sie sich im Mai beworben haben – war die ausgeschrieben?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, die war ganz regulär im Behördennetzwerk des Freistaats Bayern ausgeschrieben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay, das heißt, eigentlich müssten wir ja jetzt nachvollziehen können, und wir müssten diese Ausschreibung ja noch finden, wann die stattgefunden hat, oder?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich kenne die Details nicht, wie das mit dem Behördennetzwerk funktioniert. Das ist eine Plattform, auf die alle Beschäftigten des Freistaats Bayern Zugriff haben.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Wo man schauen kann: Stellen. Und ob die jetzt noch verfügbar ist, das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ja, das kann doch sicherlich das Bundesland Bayern für uns organisieren, das es nochmal verfügbar ist, oder? Ich guck mal da rüber. Ich finde das relevant, weil natürlich die Frage ja ist, warum auf einmal ein plötzlicher Stellenwechsel im Mai vollzogen wurde und wann? Das ist vielleicht durchaus von Aufklärungsinteresse.

**Jasmin Sikler (BayStMI):** Also, wir können das gerne klären. Aber vielleicht die kurze Ausführung, wirklich kurz. Also das ist bei uns in der Regel wirklich so, dass Referenten – juristische Referenten – alle zwei/drei Jahre durchwechseln, gerade am Anfang ihrer beruflichen Laufbahn. Also, das ist jetzt keine Besonderheit, aber wir können das trotzdem gerne irgendwie in Erfahrung bringen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Das ist nett. Danke. Gut, dann will ich nochmal auf einen Sachverhalt eingehen; da würde ich Ihnen gerne nochmal einen Aktenvorhalt machen. Da finden Sie in einem Schreiben, den letzten Absatz, der bezieht sich auf Rajah & Tann.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, das hatten wir ja vorhin schon.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Genau.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das haben Sie ja vorhin schon angesprochen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Genau. Also ich schließe aus dem Vorgenannten, Sie haben da etwas gelesen, und Sie sind zu der Schlussfolge-



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

zung gekommen: es gibt keine hinreichenden Anhaltspunkte für strafbares Verhalten. Jetzt ist meine Mutmaßung – – Ich habe mir jetzt den Kopf zermartert, was Sie da gelesen haben, weil ich habe die auch gelesen. Und ich weiß, dass man, wenn man die gelesen hat, nicht zu so einer Feststellung kommen kann. Ich weiß aber, wie man zu einer solchen Feststellung kommen kann: wenn man nämlich die Zusammenfassung von Wirecard des Rajah & Tann-Berichts gelesen hat. Die kommen nämlich genau zu derselben Feststellung. Könnte das eine Möglichkeit sein, dass Sie die Zusammenfassung von Wirecard dessen, was im Wirecard Rajah & Tann-Bericht steht, gelesen haben?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das glaube ich nicht. Das glaube ich nicht, aber ich weiß es nicht mehr.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Sie glauben das nicht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Wo haben Sie sich denn den Rajah & Tann-Bericht besorgt?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Weiß ich auch nicht mehr.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Von wem haben Sie den denn bekommen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich weiß es einfach nicht mehr.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Vom Betriebsprüfer? Also, wie ist man denn an den – – Also, wir haben ja so lange, wir haben so darum gekämpft, den zu bekommen. Wie haben Sie den denn so schnell bekommen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich weiß es nicht, keine Ahnung. Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Also, wo haben Sie denn überhaupt Unterlagen zur Verfügung ge-

stellt bekommen zum Sachverhalt Wirecard, jenseits dessen, was Ihnen der Betriebsprüfer vorgelegt hat?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja von der Betriebsprüfung eben oder vom Bundeszentralamt für Steuern, dann zu einem späteren Zeitpunkt. Aber im Detail wann, wie, welche Unterlagen vorlagen, kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Zu einem späteren – – Und wann war das „zu einem späteren Zeitpunkt“, was Sie da vom Bundeszentralamt für Steuern bekommen haben?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Hatte ich Ihnen ja, glaube ich, vorhin schon gesagt, dass ich im Mai 2020 das erste Mal mit dem Bundeszentralamt für Steuern Kontakt hatte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Okay. Und, aber dieses Schreiben ist ja vor dem Mai 2020. Das heißt, dann fällt das Bundeszentralamt für Steuern ja schon mal weg. Und das heißt, ich muss ja jetzt eigentlich nur noch vom Betriebsprüfer herausfinden, ob er Ihnen den Rajah & Tann-Bericht gegeben hat, und wenn er das verneint, dann müssen Sie es woanders her haben.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Dann wird es so sein, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Und wer könnte das denn noch sein, die andere Stelle?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Das Internet halt wahrscheinlich. So wie ich mir den KPMG-Sonderprüfungsbericht auch aus dem Internet besorgt habe. Ich weiß es nicht mehr.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Der Rajah & Tann-Bericht stand nach meiner Kenntnis damals nicht im Internet.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich weiß es nicht. Aber wenn Sie auf irgendwas anspielen: ich hatte mit Wirecard keinen Kontakt, das muss ich hier ganz klar sagen. Ich hatte mit denen Null Kontakt.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE.): Nee, ich habe gar nichts angespielt. Ich will einfach nur aufklären, woher Sie den Rajah & Tann-Bericht hatten und wahrscheinlich die Zusammenfassung von Wirecard. Weil sonst käme man nicht zu der Bewertung, die Sie in diesem Dokument getroffen haben.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen, wie ich an den Bericht kam. Schlussendlich war dann das Fazit, dass wir eben damals gesagt haben: das reicht nicht aus.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE.): Also, bei mir in St. Pauli sagt man manchmal, „vom Laster gefallen“. Ich weiß nicht, gibt es die Formulierung auch in Bayern?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nee, kenne ich nicht.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE.): Okay, gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, dann gucke ich, wer möchte? Frau Paus für Bündnis 90/Die Grünen.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Herr Kapfelsperger, Sie hatten jetzt ja mehrfach gesagt, dass die Erkenntnisse des BZSt Sie nicht erreicht haben vor – was war das jetzt – Mai 2020.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Könnten Sie nochmal erläutern: Bei diesem Termin im Januar 2020 mit der Staatsanwaltschaft, da hatten Sie ja gesagt, von Ihrer Seite waren da viele dabei. Warum war denn Abteilung V dabei?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Die Abteilung V ist die Betriebsprüfung. Das ist die Abteilung, die die Betriebsprüfung macht.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Aber der, ne, der Betriebsprüfer, der das alles Ihnen ja zugesandt hat, der war ja vom Landesamt für Steuern.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und warum war jetzt die Abteilung V dabei? Die hatte doch gar keine Sachverhalte dazu bisher, oder?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Zu dem nicht, nein. Aber das kann ich wirklich nicht hier öffentlich sagen, warum die Abteilung V dabei war.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Können Sie uns denn sagen, inwieweit die Abteilung V bei diesem Gespräch hat einfließen lassen, dass sie Informationen vom Bundeszentralamt für Steuern bekommen hat?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** In dem gesamten Gespräch bei der Staatsanwaltschaft war das Bundeszentralamt für Steuern kein Thema; wurde nie erwähnt, wurde nie erwähnt, von keinem der Beteiligten von Finanzamtsseite. Ich habe das erste Mal im Mai 2020 davon erfahren, dass das Bundeszentralamt überhaupt den Fall prüft.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also den Sachverhalt, den auch Herr Toncar bereits geschildert hat, ne, das Thema, dass das Bundeszentralamt für Steuern Betriebsausgaben nicht anerkennen will, weil es sich da um Firmen handelt, ohne eigene Geschäftsaktivität. Dieser ganze Sachverhalt hat keine Rolle gespielt bei dem Termin im Januar 2020 mit der Staatsanwaltschaft? Nicht nach Ihrer Erinnerung?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nein.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. So, dann haben Sie ja gesagt, das was Ihnen vorgelegt worden ist, von dem Betriebsprüfer, das hat alles außersteuerliche Straftaten betroffen. Und Sie sind ja gewesen in der BuStra, und deswegen einfach nochmal: Wie ist denn Ihr Kenntnisstand – von der Ausbildung her – in Bezug auf andere, nichtsteuerliche Straftaten?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Naja, letztlich Jurastudium. Jurastudium, zwei Staatsexamina, dabei Referendariat in der Staatsanwaltschaft und natürlich Kommentare dazu auch. Also – –



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dann als Volljurist sind Sie da völlig im Bilde. Dann nochmal die Frage: Die Staatsanwalt – hatten Sie jetzt mehrfach geschildert – hat gesagt, es reicht nicht für einen Anfangsverdacht. Es stand ja hier schon mal im Raum, dass aber der Betriebsprüfer ja schon immer die Sorge hatte, dass es eben, wenn er da jetzt weiter arbeitet, dass es dem Beweisverwertungsverbot unterfällt.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Es war seine Sorge, ja genau.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau. Und deswegen nochmal Ihre juristische Auffassung in Bezug auf § 10 BpO. Da ist ja niedergelegt – eine Sekunde –:

Ergeben sich während einer Außenprüfung zureichende tatsächliche Anhaltspunkte für eine Straftat, deren Ermittlung der Finanzbehörde obliegt, so ist die für die Bearbeitung dieser Straftat zuständige Stelle unverzüglich zu unterrichten. Dies gilt auch, wenn lediglich die Möglichkeit besteht, dass ein Strafverfahren durchgeführt werden muss. Richtet sich der Verdacht gegen den Steuerpflichtigen, dürfen hinsichtlich des Sachverhalts, auf den sich der Verdacht bezieht, die Ermittlungen bei ihm erst fortgesetzt werden, wenn ihm die Einleitung des Strafverfahrens mitgeteilt worden ist. Der Steuerpflichtige ist dabei, soweit die Feststellung auch für die Zwecke des Strafverfahrens verwendet werden können, darüber zu belehren, dass seine Mitwirkung im Besteuerungsverfahren nicht mehr erzwungen werden kann. Die Belehrung ist unter Angabe von Datum und Uhrzeit aktenkundig zu machen und auf Verlangen schriftlich zu bestätigen.

So, das ist ja soweit der § 10. Und da ist ja sehr deutlich, dass sobald der Betriebsprüfer ein Verdacht hegt, dass er dann seine Betriebsprüfung

noch beenden muss. Oder, ist das meine falsche, laienhafte Deutung von § 10?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Im Hinblick auf Steuerstraftaten.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bezieht sich komplett nicht auf andere Straftaten?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich bin kein Betriebsprüfer, aber meiner Erinnerung nach nicht, nein. Oder meiner Kenntnis nach nicht.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Dann frage ich Sie: Was waren denn, nach Ihrem Kenntnisstand, nach Ihrer Erinnerung, mögliche Straftatbestände, die zureichend – – Wie war nochmal der Begriff? Zureichende, tatsächliche Anhaltspunkte für welche Straftaten standen denn im Raum?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, im Juni '19 eben noch nicht zureichend, tatsächlich; im November '19 dann zureichend, tatsächlich.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Über welchen Straftatbestände – potenzielle – haben Sie denn gesprochen mit dem Betriebsprüfer?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Der Betriebsprüfer hat überhaupt keine Straftatbestände genannt. Der Betriebsprüfer hat einen Sachverhalt geschildert und meinte: „Ist da irgendwas Außersteuerliches an Straftaten drin?“ Und dann haben wir – oder habe ich, ich kann mich nicht mehr genau erinnern – in dem Gespräch gesagt: da könnte natürlich Betrug oder Marktmanipulation gegeben sein, aber hier, es reicht eben dann, das müssten wir genau prüfen, ob das ausreicht. Ich glaube, er hatte uns die Dokumentation eben da gelassen. Ich glaube, er hatte sie mitgebracht zum Gespräch, und er hat sie uns da gelassen. Und dann haben wir sie geprüft – wenn ich mich richtig erinnere.

**Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Das Thema „Geldwäsche“ hatten Sie da nicht mit im Blick?



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ich glaube nicht, nein.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann frage ich Sie nochmal als Jurist: Ist denn ein deutsches Unternehmen verpflichtet, zu prüfen, dass geschuldete Zahlungen aus Rechtsgeschäften auch an den wirtschaftlich Berechtigten ausgezahlt werden?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nochmal langsam, die Frage. Aber letztlich, das ist jetzt eine rechtliche Subsumtion, die ich treffen soll, und keine Tatsache. Also insofern, ich weiß jetzt nicht, worauf Ihre Frage hinaus zielt. Das hat jetzt mit dem Fall, aus meiner Sicht, wenig zu tun. Wenn Sie mir Tatsachen fragen, dann bemühe ich mich nach bestem Wissen und Gewissen, aber ich werde jetzt hier keine rechtlichen Subsumtionen für Sie auf die Schnelle abgeben. Das kann ich nicht. Das werde ich auch nicht machen, weil es nicht Untersuchungsgegenstand ist, rechtliche Subsumtionen hier abzugeben auf die Schnelle. Also was, wenn Sie die Frage vielleicht nochmal präziser formulieren, damit ich sie verstehe. Also, was wollen Sie jetzt genau, Frau Paus? Ich verstehe es jetzt leider nicht.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, mir geht es darum, dass im Bezug zum Beispiel auf Mauritius und andere Geschäfte die Frage ist: Handelt es sich hier um eine Straftat, um die – Moment, ich lese es nochmal vor – zureichende, tatsächliche Anhaltspunkte? Die dann eben münden in – von der Staatsanwaltschaft zu beurteilen: Ist es hier ein Anfangsverdacht gegeben oder nicht? So, und Sie als Volljurist haben ja auch eine Wertungsmöglichkeit zu Sachverhalten – das ist ja das was Sie tun im Vorfeld, bevor Sie eben das bewerten, ob es an die Staatsanwaltschaft geht oder nicht. So, mir geht es jetzt nochmal um – Sie haben jetzt gerade gesagt: Geldwäsche spielte keine Rolle. Trotzdem – Stand heute – würden wir schon sagen, Geldwäsche spielte vielleicht potenziell doch eine Rolle, in diesem Kontext. Richtig?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Der Geldwäsche-paragraph ist so weit – kann natürlich eine Rolle spielen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Und deswegen nochmal meine Frage zu dem Sachverhalt: Ist ein deutsches Unternehmen, der Vorstand oder andere Verantwortliche, verpflichtet zu prüfen, dass geschuldete Zahlungen aus Rechtsgeschäften auch an den wirtschaftlich Berechtigten ausgezahlt werden? Nächste Frage: Welche Maßnahmen muss ein Unternehmer treffen, um die sicherzustellen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Kollegin? Frau Paus?

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja? Meine Zeit ist abgelaufen, ich frage Sie gleich weiter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, dann schaue ich zunächst mal zu den Kollegen CDU/CSU? Ich habe keine Frage mehr. SPD nicht? Kollege Toncar? Kollege De Masi hat hier noch eine.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ich habe noch eine Frage. Herr Kapfelsperger, kennen Sie die Anwälte Bub Gauweiler?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Dem Namen nach. Das ist eine bekannte Kanzlei in München. Gauweiler ist auch ein ehemaliger, bedeutender, bayrischer – –

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ja, ja, ich kenne den auch. Ich habe auch schon mal mit dem gesprochen. Ich würde gerne mal wissen – –

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Aber ich habe keinen persönlichen Kontakt mit denen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Haben sich nie mit denen ausgetauscht?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Never. Es wäre mir mal eine Ehre, mit Herrn Gauweiler persönlich zu reden, aber zu der Ehre bin ich bislang nicht gekommen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ja, das lässt sich sicher einrichten. Das lässt sich sicher einrichten.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Wenn Sie das einrichten – wunderbar.

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Ja, das muss gar nicht ich sein. Gibt Kollegen – –

(Zwischenruf)

**Fabio De Masi (DIE LINKE.):** Gut. Also, Sie sind auch nicht, Sie sind sich auch nie im Rahmen, sagen wir, Ihrer juristischen Ausbildung – – Nein? Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Oder im P1. Kann ja sein. Dann Bündnis 90/Die Grünen, Frau Paus. Bitteschön.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist es vor dem Hintergrund, dass Kaufpreise in Millionenhöhe gezahlt werden, ohne Beanstandung, dass die Kaufpreise nicht an den wirtschaftlich Berechtigten fließen?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Nochmal langsamer. Also, was wollen Sie jetzt konkret wissen, welche Tatsache? Was – –

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte gerne mit Ihnen zusammen erörtern, sozusagen wie detailliert Sie tatsächlich die Unterlagen von dem Kollegen Betriebsprüfer geprüft haben...

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** ...und mit ihm oder alleine durchgegangen sind, inwieweit sozusagen welcher Straftatbestand in Frage kommt und inwieweit die Unterlagen, aus Ihrer Sicht, bereits hinreichend sind. Und da geht es mir schon darum, dass aus den Unterlagen hervorgeht, dass eben Kaufpreise in Millionenhöhe gezahlt worden sind, und aber nicht dargelegt werden konnte, dass die Kaufpreise an den wirtschaftlich Berechtigten gehen. Und das ist Ihnen offenbar nicht aufgefallen.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Weiß jetzt nicht konkret, auf was Sie genau ansprechen.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, Sie konnten sich ja überhaupt an keinen konkreten Sachverhalt erinnern, der in diesem Papier dargelegt worden ist.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ja, leider zu lange her.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Deswegen musste ich ja jetzt abstrakter fragen und trotzdem wollen Sie aber diese Frage – oder können Sie diese Frage – so nicht beantworten? Ist es vor dem Hintergrund, dass Kaufpreise in Millionenhöhe gezahlt werden – kann man ja auch allgemein beantworten – ohne Beanstandung, dass die Kaufpreise nicht an den wirtschaftlich Berechtigten gehen, oder doch?

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Also, ich kann mich mit Kaufpreisen im Ausland nur an diese Indiangeschichte erinnern. Aber das meinen Sie jetzt, glaube ich, nicht. Aber ich weiß es nicht, was Sie meinen. Sie sprechen für mich gerade in Rätseln. Vielleicht liegt es auch an der späten Uhrzeit. Also, ich kann mich nur erinnern mit dem Indiendeal, dass der ein Gegenstand war, mit dem ich mich näher beschäftigt habe. Aber erst zu einem späteren Zeitpunkt, als ich wusste, dass das Bundeszentralamt für Steuern beteiligt ist.

**Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Gut, dann belasse ich es einfach an der Stelle.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann schaue ich nochmal ins Rund. Besteht das Bedürfnis, dem Zeugen noch Fragen zu stellen, die in eingestufte Sitzung zu behandeln sind? Das kann ich auch nicht feststellen. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion nunmehr noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt, Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, oder Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtig zu stellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung. Ich darf mich an dieser Stelle jetzt



**Nur zur dienstlichen Verwendung**

ganz recht herzlich bedanken, auch für das lange Ausharren – und wir haben das ja zusammen hier ganz gut hinbekommen. Kommen Sie jetzt gut durch die Nacht und ins Hotel und bleiben Sie, insbesondere in dieser schwierigen Zeit, gesund.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ihnen eine gute Heimreise ins schöne Bayern.

**Zeuge Dr. Toni Kapfelsperger:** Ihnen alles Gute.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke sehr. Dann rufe ich als nächsten Zeugen zu uns den Kollegen László Gardeler. Und, ja.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

#### Vernehmung des Zeugen László Gardeler

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann bitte ich, Platz zu nehmen. Unser sechster und letzter Zeuge für heute, Herr László Gardeler, ist im Saal. Ich begrüße Sie recht herzlich, hoffe, Sie hatten soweit einen angenehmen Aufenthalt und danke für das Ausharren. Ja, Herr Gardeler, zunächst bin ich gehalten, Sie über Ihre Rechte und Pflichten als Zeuge aufzuklären. Als Zeuge vor einem Untersuchungsausschuss sind Sie verpflichtet, die Wahrheit zu sagen. Das heißt, Sie müssen richtige, vollständige Angaben machen, Sie dürfen nichts weglassen, was zur Sache gehört und nichts hinzufügen, was der Wahrheit widerspricht. Wer vor einem Untersuchungsausschuss vorsätzlich falsche Angaben macht, kann sich nach § 162 in Verbindung mit § 153 Strafgesetzbuch strafbar machen. Solch eine uneidliche Falschaussage kann eine Geld- oder Freiheitsstrafe von bis zu drei Monaten bzw. fünf Jahren nach sich ziehen. Auf bestimmte Fragen dürfen Sie allerdings die Auskunft verweigern. Das gilt zum einen für Fragen, deren Beantwortung Sie oder einen Ihrer Angehörigen der Gefahr zuziehen würde, einer Untersuchung nach einem gesetzlich geordneten Verfahren ausgesetzt zu werden. Das können Verfahren wegen einer Straftat oder Ordnungswidrigkeit sein, aber auch Disziplinar- oder berufsgerichtliche Verfahren; zivilgerichtliche Verfahren gehören nicht dazu. Darüber hinaus dürfen sogenannte Berufsheimnisträger und ihre Gehilfen grundsätzlich die Auskunft in Bezug auf Dinge verweigern, die ihnen in dieser Eigenschaft anvertraut oder bekannt geworden sind. Haben Sie dazu noch Fragen?

**Zeuge László Gardeler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Werden Ihnen bei der Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Wunsch die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur

Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende, schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge László Gardeler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann möchte ich Sie bitten – und das ist jetzt noch wichtiger als in den Vorstunden – das Mikrofon zu benutzen, weil wir einzig jetzt noch ein Tonmitschnitt machen können. Der Stenographische Dienst ist nicht mehr zugegen. Das funktioniert ganz einfach, indem Sie den Button mit dem Zeigefinger drücken. Es erscheint unten ein Licht und hier oben, und dann ist Ihr Mikro aktiviert. Herr Gardeler, ich würde Sie nun zunächst zur Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf, Wohn- oder Dienort mitteilen.

**Zeuge László Gardeler:** Ja, mein Name ist László Gardeler, ich bin 44 Jahre, bin Bundesbetriebsprüfer und mein Dienort ist Bonn.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Prima. Herr Gardeler, Sie können, wenn Sie das wünschen, nunmehr im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeuge László Gardeler:** Da möchte ich keine Aussagen zu machen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hab ich richtig – keine Aussage?

**Zeuge László Gardeler:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann steigen wir in die Befragung ein. Ich übernehme zum einen – wie immer geübte Praxis – schon Mal einige allgemeine Fragen. Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie Gelegenheit, die Akten einzusehen?



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge László Gardeler:** Ich habe mir nochmal die Akten angeschaut, die wir dann halt an den zuständigen Ausschuss geschickt haben, bin dann nochmal alle durch gegangen und habe in unserer Dienststelle mit Ansprechpartnern gesprochen, die schon mal Erfahrung mit dem Prüfungsausschuss hatten. Und ein Ehemaliger, der hier befragt worden ist, habe ich aus der Dienststelle auch mal befragt, wie überhaupt sowas abläuft. Weil man macht das ja nicht so oft, und eine gewisse Aufregung ist dabei. Und, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist ganz normal, aber hier beißt keiner.

**Zeuge László Gardeler:** Ich glaube, das gehört dazu. Es ist zum ersten Mal, und immer was man nicht kennt, das ist immer neu und ja, es ist natürlich auch sehr brisant.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Könnten Sie bitte erläutern, welche Aufgaben Ihre Tätigkeiten beim Bundeszentralamt für Steuern beinhaltet?

**Zeuge László Gardeler:** Grundsätzlich ist es so: wir wirken halt bei normalen, großen Konzernbetriebsprüfungen mit, von Seiten des Bundes. Das ist nach dem Finanzverwaltungsgesetz geregelt, § 5, § 19 – und da sind wir dann mit dabei.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wann sind Sie erstmalig auf die Wirecard AG aufmerksam geworden?

**Zeuge László Gardeler:** Also ich selbst – Man bekommt eine Mitwirkung als solches, als Prüfer, und dann wird man halt tätig. Also der Vorgesetzte teilt einem den Fall zu.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ein dicker Daumen – wann war das?

**Zeuge László Gardeler:** Im Kalenderjahr 2017.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Welche Aufgaben hatten Sie konkret in Bezug auf die Wirecard AG?

**Zeuge László Gardeler:** Da würde ich jetzt hergehen und das sind wieder Firmen- und Geschäftsgeheimnisse. Da weiß ich nicht, inwieweit das vielleicht schon zu weit geht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir gucken den Kollegen Fritz an. Wie sieht der das?

(Hier ist keine Antwort zu hören.)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das war eine sehr diplomatische Antwort. Also können Sie – Also, ich sehe noch keine Verletzung des Steuergeheimnisses, wenn Sie sagen, Sie haben den und den Geschäftsbereich geprüft oder das und das. Sie sagen uns ja jetzt nicht, keine Kalkulation, keine Margen; ich will ja auch noch keine Namen wissen. Sondern, was haben Sie konkret geprüft? Vielleicht irgendwelche Anhaltspunkte, die es schon gab, wo man gesagt hat: Mensch. Wir haben auch schon gehört, eben von einem Kollegen, der hat im Mai 2020 davon gehört, dass das Bundeszentralamt tätig war. Also, versuchen wir uns da mal ran zu tasten vielleicht.

**Zeuge László Gardeler:** Da ging es so grundsätzlich um die Technologie, die dort auch bei der Firma angesiedelt ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wer hat innerhalb des Bundeszentralamts für Steuern – außer Ihnen – sich noch mit der Wirecard AG beschäftigt? Und gab es dazu dann einen Austausch zwischen Kollegen?

**Zeuge László Gardeler:** Das sind jetzt Behördeninternas. Da würde ich auch wieder drauf verweisen, auf, ja, ich sage mal, das Geschäftsgeheimnis und Firmengeheimnis, wo ich dann sage jetzt von der Struktur her, wie wir strukturiert sind. Das würde ich auch lieber in einer nicht-öffentlichen Sitzung berichten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, wir könnten dann natürlich dann auch wieder einen Beweisbeschluss treffen, der dann sagt: Wer war denn noch vielleicht beschäftigt? Und dann wäre die Person an der Stelle genannt. Also, wenn Sie jetzt keinen Namen nennen wollen: Waren Sie der



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

Einziges, oder gab es noch ein, zwei weitere Kollegen, die das getan haben? Oder waren Sie der Einzige?

**Zeuge László Gardeler:** Also mit dem Fall betraut war ich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Im Zuge – ich versuche es jetzt mal konkreter – im Zuge der Answererstellung auf den Fragenkatalog der Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Sondersitzung des Finanzausschusses am 27. Juli 2020 hat das Bundeszentralamt für Steuern gegenüber dem BMF in einer E-Mail vom 3. August 2020 – auffindbar auf MAT A BMF-15.01 Blatt 4 ff. – erklärt, dass für den Prüfungszeitraum 2010 bis 2015 ab Juli, 5. Juli 2017, eine Betriebsprüfung der Wirecard AG stattgefunden habe. Diese sei durch die Bayerische Finanzverwaltung unter Mitwirkung des Bundeszentralamts für Steuern durchgeführt worden. Waren Sie bei dieser Betriebsprüfung direkt beteiligt?

**Zeuge László Gardeler:** Das ist richtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja. Wie viele Personen waren auf beiden Seiten an der Zusammenarbeit beteiligt?

**Zeuge László Gardeler:** Sie meinen jetzt die Finanzverwaltung, oder? Insgesamt waren es drei Personen – ja, die Finanzverwaltung ist sehr groß. In dem Fall grundsätzlich – bei Beginn – waren drei Personen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Drei Personen. Jetzt noch nicht im Detail, aber wie sah die Zusammenarbeit aus? Gab es – so kann ich das eigentlich auch – eine konkrete Aufteilung der Zuständigkeiten?

**Zeuge László Gardeler:** Also grundsätzlich ist es halt so – wie ich gerade schon eingangs gesagt habe –, dass wir eine Mitwirkung haben. Das heißt also, es gibt eine Prüfungsanordnung, was da ja den Verwaltungsakt nach außen darstellt; die wird immer von der zuständigen Landesfinanzbehörde nach außen dargestellt und geschickt. Und das ist das Finanzamt München. Und wir sind dann halt berechtigt, im Rahmen

Vorfeld etc., dass wir mitwirken an dem Fall. Und wenn wir dann halt vor Ort sind, dann geht man nicht direkt sofort in die Prüffeldbestimmungen, sondern dann fängt die Prüfung irgendwann an, und dann unterhält man sich und legt Prüffelder fest.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Haben sie dabei auch den Kollegen Strunz beispielsweise kennengelernt?

**Zeuge László Gardeler:** Das ist richtig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist richtig. Funktionierte die Arbeit, Zusammenarbeit, gut oder gab es, aus Ihrer Sicht, Probleme?

**Zeuge László Gardeler:** Also, ich hatte keine Probleme mit ihm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Dann würde ich nach den allgemeinen Fragen an Fritz Güntzler für die CDU/CSU-Fraktion übergeben.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank Herr Vorsitzender. Vielen Dank Herr Gardeler, dass Sie uns heute Morgen noch zur Verfügung stehen. Ich hätte nochmal eine grundsätzliche Frage – der Vorsitz hat da schon ein bisschen darauf abgehoben. Nehmen Sie – – Also, Sie haben ja eine Mitwirkung, das haben Sie ja dargestellt, als Bundesprüfer, wie es im Jargon dann oftmals heißt. Sie nehmen – so habe ich Sie eben auch verstanden – bei größeren Prüfungen teil, Konzernprüfungen. Kann man sagen, dass Sie bei DAX-Unternehmen immer dabei sind?

**Zeuge László Gardeler:** Da muss ich ein bisschen weiter ausholen von der Struktur her. Also, das Bundeszentralamt für Steuern gliedert sich so: in verschiedenen Branchen ist man einkategorisiert. Und bei uns ist es halt so, in unserem Referat, das ist halt, Telekommunikationssoftware\* und Softwareunternehmen werden dort geprüft. Und da gibt es gewisse Grenzen, wo man dann sagt: da sind wir mit dabei als solches – also das Bundeszentralamt in unserem Prüfungsstatus.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Und wenn Sie an den Prüfungen mitwirken, dann werden Sie sich ja



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

abstimmen – das war ja auch schon mal die Frage über die Prüffelder –, aber sozusagen, kriegen Sie vom Bundeszentralamt auch was mitgegeben, worauf Sie sich besonders konzentrieren sollen?

**Zeuge László Gardeler:** Also, es ist halt so, dass wir schon eine gewisse Idee haben, wo wir mitwirken, oder nicht nur eine Idee, sondern schon ein klares Steckpferd haben. Und natürlich sind wir offen für alles, auch spätere Erweiterungen, wenn Bedarf besteht, oder man arbeitet mit dem Land manchmal auch Hand in Hand. Das ist so der Stand der Dinge.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Können Sie sagen, welches Prüfungsfeld Sie jetzt bei der Betriebsprüfung, der hier in Rede stehenden Betriebsprüfung, hatten? Ich habe ja nur gefragt.

**Zeuge László Gardeler:** Das wird jetzt schon ein bisschen schwieriger. Es kann ja auch sein, dass es nicht nur eins ist, nicht? Der Zeuge hat halt dann das Problem, dass er abwägen muss. Das ist eigentlich eine Zumutung dann.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Okay. Vielleicht können Sie aber dann nochmal abstrakt schildern. Wenn ich das jetzt richtig sehe: Sie sind ja bei der hier in Rede stehenden Prüfung, ist ja das Finanzamt München, sozusagen als Abteilung V, wenn ich das richtig vorhin gelernt habe, dabei gewesen – das ist wahrscheinlich die, die auch die Betriebsprüfungsanordnung rausgegeben haben –, dann ist das Landeszentralamt für Steuern aus Bayern dabei und Sie. Wer hat denn da den Hut auf?

**Zeuge László Gardeler:** Also, grundsätzlich ist es halt so, dass die auf der Prüfungsanordnung, diese Behörde, die dort drauf steht, die hat, so wie Sie es nennen, den Hut auf. Ich nenne es einfach „Leitende Prüfung“. In der BpO – also das ist für uns maßgebend, ob es das Finanzamt ist oder auch wir vom Bundeszentralamt für Steuern, die ist für uns einschlägig – und ich glaube, im § 14 steht das dann halt drin, dass halt das Finanzamt München, was auch die Prüfungsanordnung verschickt, das quasi die Leitende Prüfung ist.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Also, wenn es zu unterschiedlichen Auffassungen kommt bei den Beteiligten, entscheidet letztendlich – in diesem Fall – das Finanzamt München?

**Zeuge László Gardeler:** Da gibt es eine Besonderheit, auch in der BpO geregelt. Also man diskutiert das an, und wenn halt das Land eine andere Meinung vertritt, als jetzt zum Beispiel der Bund, dann wird das halt weitergegeben und von dort aus weiter diskutiert, wie jetzt verfahren wird. Also das entscheidet jetzt nicht nur auf Ebene der Prüfer.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender, jetzt beginnt so das Problem. Also ich verstehe ja die Einlassung von Herrn Fritz, also ich habe auch nicht das Ziel, den Zeugen hier ständig in Schwierigkeiten zu bringen, aber jetzt habe ich sozusagen alle Fragen der Oberfläche abgearbeitet. Jetzt müsste ich mich irgendwie an die Prüfung herantasten und dann bin ich sofort in dem Problem. Ich habe ja so eine Testfrage schon einmal gestellt. Jetzt müssten wir uns, glaube ich, jetzt in dem Punkt verständigen, wie wir damit weiter vorgehen. Entweder stelle ich die Fragen und sie können dann nicht beantwortet werden, oder wir müssen eine andere Lösung finden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Die andere Lösung wäre dann, dass wir sagen, wenn wir bei ihm jetzt schon im Feld der vertraulich bzw. geheim eingestuften Dinge sind, dann müssen wir uns eben gleich noch – und die Vorlaufzeit ist gering, weil wir auch keinen stenografischen Dienst mehr haben – noch in eine entsprechende geheime Sitzung rein gehen.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Dann würde ich nämlich die weiteren Fragen zurückstellen, um auch den Zeugen nicht in Schwierigkeiten zu bringen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitteschön, Dr. Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Gesagt, nicht verstanden, bei welcher Frage von Herrn Güntzler irgendeine Drittbetroffenheit vorliegen könnte, die über die Wirecard AG hinausgeht.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Nein, nein. Ich habe jetzt gesagt, wenn ich weiter – – ich habe ja eine Frage nach dem konkreten Prüffeld gestellt, da wurde mir gesagt – –

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, wo ist das Problem? Habe ich gar nicht verstanden, was da das Problem ist. Es geht um die Wirecard AG, und da ist ja eine Aufhebung des, sozusagen, da liegt ja der Konsens vor.

**Robert Fritz** (BMF): Es ist sehr schade, dass Sie mein Schreiben nicht gelesen haben. Und wie ich ja auch vorhin schon ausgeführt habe: es ist ja nicht nur das Steuergeheimnis und die Verfassungsrechte, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse und die Persönlichkeitsrechte bestimmter dritter Personen einschlägig, sondern es geht auch darum, wegen einer sozial adäquaten Aufgabenerfüllung – Staatswohl –, dass wir die Vorgehensweise, die höchst vertrauliche Vorgehensweise der Steuerverwaltung, bei Betriebsprüfungen nicht in öffentlicher Sitzung darstellen wollen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Das hatten Sie ja schon gesagt, Herr Fritz.

**Robert Fritz** (BMF): Ja, aber deswegen geht es hier nicht um Drittbetroffenheit.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nee, okay. Das fand ich jetzt das schwächste Argument, aber Sie haben es – – ich gestehe zu, Sie haben es erwähnt schon.

**Vorsitzender Kay Gottschalk**: Aber, dass Sie den Zeugen nicht auch noch mit in Verlegenheit bei seiner Aussage bringen, dass er – –

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein, gehen wir doch noch vertraulich, aber also, dass das Staatswohl hier, ich sehe das Staatswohl – – bin gespannt, wieviel Staatswohl wir nachher hören werden in vertraulicher Sitzung. Ich halte das für extrem vorgeschoben. Naja, ich warte ab, aber es macht wahrscheinlich keinen Sinn, da jetzt weiter zu – –

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Ich hätte vielleicht noch eine Frage zu – – Ich versuche es nochmal

mit einer anderen Frage noch. Wir haben ja vorhin erörtert, hier in öffentlicher Sitzung, dass es ja durch den Betriebsprüfer, der ja namentlich auch hier genannt wurde – Herrn Strunz vom Landeszentralamt für Steuern –, eine Meldung an die BuStra gab. Haben Sie Kenntnis davon, dass es diese Meldung gab an die Bußgeld- und Strafsachenstelle in München?

**Vorsitzender Kay Gottschalk**: Also da sehe ich jetzt wirklich nicht das Staatswohl gefährdet oder irgendein Prüfungsmuster, und auch keinen Dritten.

**Robert Fritz** (BMF): Ja, das Problem ist halt eben, dass alle Tatsachen, die in das Besteuerungsverfahren fallen, vom Steuergeheimnis umfasst sind. Und wenn er jetzt – das hatte ich ja auch geschrieben – abwägen muss, was fällt jetzt unter die Befreiung des Insolvenzverwalters und was nicht. Vielleicht ist es ja auch nochmal eine Anregung, dass man einfach nur die Öffentlichkeit ausschließt. Wir sind ja doch etwas spät oder früh.

**Vorsitzender Kay Gottschalk**: Wenn die Anregung dazu führen könnte, dass wir eben entsprechend tatsächlich nicht umziehen müssen. Ich guck nochmal Dr. Raue an.

(Der Vorsitzende berät sich  
mit RD Dr. Frank Raue  
(BT))

**Vorsitzender Kay Gottschalk**: Darf ich noch eine Frage stellen: Würde das dann in dem Einstufungsgrad Vertraulich bzw. VS-NfD laufen? Dann könnten wir das so tun.

**Robert Fritz** (BMF): Also, ich habe jetzt nicht alle Verfahrensbeschlüsse im Kopf, die Sie getroffen haben. Aber ich meine, es wäre der Standardbeschluss auch dabei über die Geheimhaltung von vertraulichen Angelegenheiten. Natürlich ist es kontraproduktiv, wenn wir die Öffentlichkeit ausschließen und es ist nachher alles auf Twitter – das sollte natürlich nicht passieren, ja. Aber wie gesagt, ich meine, Sie hätten auch einen Geheimhaltungsbeschluss getroffen.



# Deutscher Bundestag

## 3. Untersuchungsausschuss

### Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das wäre ja zu umreißen, wer dann auf Twitter twittert. Das ist ja weniger – –

**Robert Fritz (BMF):** Ja, aber es nützt dann ja nichts, wenn es bekannt ist, nicht? Aber wie gesagt, es ist – – meines Erachtens würde es ausreichen, ich kenne das vom zweiten Untersuchungsausschuss, dass wir dort – und das war weiß Gott vertraulicher, was da besprochen worden ist, nämlich das Schiedsgerichtsverfahren –, dass man nur die Öffentlichkeit ausgeschlossen hat und im Saal blieb.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann könnte ich damit leben und gucke allen in die Augen und nehme das Ehrenwort ab, dass Twitter für die nächsten zwei/drei Stunden, was das angeht, inaktiv ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Rechtspflicht, aus pragmatischen Gründen, ja. Aber bitte, also ich gestehe gar nichts zu. Sondern wir machen das jetzt einfach.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wäre das okay? Gut. Dann machen wir das so. Dann würde ich bitten, dass wir die Öffentlichkeit ausschließen. Ich sehe, oben ist schon relativ leer. Dann bitte ich den Kollegen Fleischer, doch die Leitung in den E.600 zu kappen und mir das gleich noch kurz zu bestätigen.

(Vorsitzender Kay Gottschalk: Das kann ich nicht sagen, aber ich gehe da auf Nummer Sicher – könnte ja auch ein Telefon irgendwie liegen geblieben sein oder so, keine Ahnung. Muss ja nicht zwingend in der heutigen Zeit jemand da sein, das habe ich zumindest auch gelernt. Ich brauche jetzt nochmal Herrn Fleischer, kann er mir – –)

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender, ich will nur darauf hinweisen, ich weiß nicht, ob Ihre Zeit jetzt da gemessen wird, aber die läuft und läuft und läuft.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wenn das meine Lebenszeit wäre, wäre das jetzt schlecht. Aber nein, ich glaube, bei vierzehn, aus dem Gedächtnis heraus – mein Kopf funktioniert meistens ganz gut – wir sind so bei vierzehn stehen geblieben und dann kamen wir ins Parlieren darüber, ob wir hier rausgehen oder doch die Öffentlichkeit ausschließen. Also vierzehn – die wären schon noch da, ich glaube, das wäre sogar ein guter Deal. Ich frage nochmal: Ist die Öffentlichkeit? Ist aus? Ja, dann können wir weiter machen. Also, bitteschön. Wenn, Dr. Raue, Sie so gut sind – sonst steigt mir Herr Güntzler aufs Dach – wieder auf vierzehn vor, ich weiß gar nicht, stellen.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Damit habe ich der Runde mindestens schon drei Minuten geschenkt.

(Ende der öffentlichen Beweisaufnahme 2.30 Uhr; folgt nichtöffentliche Vernehmung)

## Anlage

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen László Gardeler

### 3.UA Postfachaccount PA30

Deutscher Bundestag

3. Untersuchungsausschuss  
der 19. Wahlperiode

Ausschussdrucksache

**19(30)430**

**Von:** [REDACTED]  
**Gesendet:** Dienstag, 13. April 2021 15:05  
**An:** 3.UA Postfachaccount PA30  
**Cc:** [REDACTED]

**Betreff:** Ihre Zeugenvernehmung am 11. Februar 2021  
**Anlagen:** Anschreiben\_Korr-Gardeler.pdf; Protokollausschnitt\_Gardeler\_Teil 1.pdf;  
Protokollausschnitt\_Gardeler\_Teil 2.pdf

Sehr geehrter Herr Dr. Schimmel,

vielen Dank für die Zusendung des Protokolls hinsichtlich der Zeugenvernehmung am 12.02.2021 (geladen am 11.02.2021) im 3. Parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Hinsichtlich des ersten Protokollbeitrags (öffentliche Sitzung) habe ich 2 Anmerkungen:

1.) Auf Seite 40 von 43 ist Zeuge Laszlo Gardeler mit dem folgenden Zitat protokolliert:

"Da muss ich ein bisschen weiter ausholen von der Struktur her. Also, das Bundeszentralamt für Steuern gliedert sich so: in verschiedenen Branchen ist man einkategorisiert. Und bei uns ist es halt so, in unserem Referat, das ist halt, Telekommunikationssoftware und Softwareunternehmen werden dort geprüft". Das Wort Telekommunikationssoftware ist durch Telekommunikationsunternehmen zu ersetzen.

2.) Auf Seite 42 von 43 ist Zeuge Laszlo Gardeler aufgeführt mit dem Vermerk:

"Ja, das Problem ist halt eben, dass alle Tatsachen, die in das Besteuerungsverfahren fallen, vom Steuergeheimnis umfasst sind. Und wenn er jetzt – das hatte ich ja auch geschrieben – abwägen muss, was fällt jetzt unter die Befreiung des Insolvenzverwalters und was nicht. Vielleicht ist es ja auch nochmal eine Anregung, dass man einfach nur die Öffentlichkeit ausschließt. Wir sind ja doch etwas spät oder früh".

Diese Aussage ist m. E. aus dem Kontext von Herrn Robert Fritz (BMF) und nicht von mir getätigt worden.

Zu den inhaltlichen Ausführungen in dem zweiten Protokollbeitrag (nichtöffentliche Sitzung) sehe ich keinen weiteren Änderungsbedarf.

Viele Grüße

László Gardeler

Bundeszentralamt für Steuern  
Bundesbetriebsprüfung - Bp II 8.27  
An der Kuppe 1  
53225 Bonn

Mobil: [REDACTED]  
Telefon: [REDACTED]  
E-Mail: [REDACTED]

Datenschutzhinweis:

Informationen über die Verarbeitung personenbezogener Daten in der Steuerverwaltung und über Ihre Rechte nach der Datenschutz-Grundverordnung sowie über Ihre Ansprechpartner in Datenschutzfragen entnehmen Sie bitte dem allgemeinen Informationsschreiben der Steuerverwaltung (<https://www.bzst.de/DatenschutzInfo>).

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: 3.UA Postfachaccount PA30 <3.untersuchungsausschuss@bundestag.de>

Gesendet: Dienstag, 6. April 2021 11:42

An: Gardeler, László (BZSt - Bonn Potsdamer Platz) [REDACTED]

Cc: 'robert fritz' [REDACTED]; 3.UA Postfachaccount PA30

<3.untersuchungsausschuss@bundestag.de>; Raue Frank PA30 [REDACTED]

Betreff: [EXTERN] Ihre Zeugenvernehmung am 11. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Gardeler,

beigefügt übersende ich Ihnen das vorläufige Protokoll nebst Anschreiben Ihrer Zeugenvernehmung am 11. Februar 2021.

Die Originale gehen Ihnen per Post zu.

Bitte bestätigen Sie kurz den Erhalt der Unterlagen, gerne auch per E-Mail.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

--

Dr. Dominique Schimmel

Sekretariat PA 30

3. Untersuchungsausschuss (Wirecard)

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

10117 Berlin

Telefon: +49 30 227-32062 (Vz)

Telefon: [REDACTED]

Telefax: +49 30 227-36333

3.untersuchungsausschuss@bundestag.de

[REDACTED]  
www.bundestag.de

Datenschutzhinweise: [www.bundestag.de/datenschutz](http://www.bundestag.de/datenschutz)